

BULLETIN

NUMMER 1 | März 2016



-
- * 4 Kantonsrat - Vom Zoo der Welt zur Farm der Tiere *
 - * 8 Abstimmung - Die sanfte Machtverschiebung *
 - * 12 Unterfeld - Kann ein Koloss nachhaltig sein? *
 - * 17 Junge Alternative - Grünflächen statt Gartenzäune *
 - * 22 GSoA - Der absurde Krieg *
-

2

3 Editorial

30 Jahre Bulletin!

4 Kantonsrat

Vom Zoo der Welt zur Farm der Tiere

6 Jubiläum

30 Jahre Bulletin

7 Regierungsrat

Mehr als nur Symbolik

8 Abstimmung

Die sanfte Machtverschiebung

10 Klimagipfel

Ja, aber freiwillig

12 Unterfeld

Kann ein Koloss nachhaltig sein?

17 Junge Alternative

Grünflächen statt Gartenzäune

18 Verabschiedung

Politische Bilderreise

20 Flüchtlingskrise

Europas Versagen

22 GSoA

Der absurde Krieg

23 Service

Inserat
Präsidium
Frontal
Büchermail
Kino
Veranstaltung
Adressen
Impressum



Das feministische Kollektiv aktivistin.ch, hat anlässlich des Weltfrauentags vom 8. März mit einer Kleberaktion die ZVV-Automaten in der Stadt Zürich «verschönert». Mit dieser Aktion und einem Augenzwinkern wollten sie darauf hinweisen, dass der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern in der Schweiz rund 20 Prozent beträgt und genauso ungerecht ist, wie der von ihnen verlangte Aufschlag der Fahrpreise für Männer. Mit unbegründet weniger Geld in der teuren Schweiz leben zu müssen, ist empörend. Genau wie ihre Aufforderung an die Männer, mehr für ihre Fahrscheine zu zahlen.

«Mission statement»

Das BULLETIN ist eine unabhängige Kommunikationsplattform des alternativen Zug und wird von folgenden Gruppen getragen:

- Alternative – die Grünen Baar
- Alternative – die Grünen Hünenberg
- Alternative – die Grünen Menzingen
- Alternative – die Grünen Unterägeri
- Alternative – die Grünen Stadt Zug
- Alternative – die Grünen Zug
- Forum Oberägeri
- Grüne Risch-Rotkreuz
- Grüne Steinhausen
- Krifo Alternative Cham

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen.

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei. Autorinnen und Autoren der BULLETIN-Beiträge sind frei in ihrer Meinungsäußerung.

Redaktion und Herausgeberverein
«Das BULLETIN»

30 Jahre BULLETIN!

Arlene Wyttenbach und Dana Zumr, Vorstandsmitglieder Herausgeberverein BULLETIN



Seit bald 30 Jahren erscheint das BULLETIN viermal im Jahr und bleibt sich im Kern treu. Von Anfang an wollte das BULLETIN ein alternatives Forum für Diskussionen und Debatten sein.

Die Geschichte des BULLETINs muss parallel zur Geschichte einer politischen Bewegung betrachtet werden, die 1973 ihren Anfang mit der Revolutionären Marxistischen Liga (RML) nahm und erstmals an der 1.-Mai-Demonstration in Zug öffentlich in Erscheinung trat. Um 1980 erfolgte eine Namensänderung in Sozialistische Arbeiterpartei (SAP), welche 1982 den Sprung ins Zuger Parlament mit einem Sitz schaffte. Bei den Wahlen im Herbst 1986 konnte die Sozialistisch Grüne Alternative (SGA) vier Parlamentssitze erobern, zwei im Zuger Gemeinderat und zwei im Kantonsrat. Die SGA war 1986 von Mitgliedern der SAP, Parteilosen und AktivistInnen aus der Frauenbewegung (in Zug der OFRA Zug), den Gewerkschaften und anderen Initiativen gegründet worden. Die Bewegung erhielt damit eine gewisse Breitenwirkung und die parlamentarische Arbeit mehr Gewicht. Seit 1990 ist sie auch im Regierungsrat vertreten. Im Jahr 2005 folgte die Gründung der kantonalen Alternative – die Grünen Zug (ALG), welche alle

alternativen lokalen Gruppierungen zusammenschloss.

Nach den Wahlen von 1986 erschien die Nummer 1 des SGA-Bulletins. Aus dem Editorial der Nummer 1: «Das Bulletin setzt sich also nicht nur zum Ziel, über die Ratsarbeit zu informieren und damit Lücken der bürgerlichen Berichterstattung zu schliessen. Es soll vor allem ein Forum für Diskussionen werden, in dem auch Kritik an den Ratsvertretungen möglich ist, in dem aber auch grundsätzliche Debatten geführt werden». Heute heisst es BULLETIN des alternativen Zug. Das Erscheinungsbild wurde in den letzten 30 Jahren einige Male der Zeit angepasst, aber letztlich bleiben Inhalt und Ausrichtung klar und unverändert. Die Zeitung war immer auch unabhängig von der Partei, die Redaktion setzte eigene Schwerpunkte. Beim Durchblättern der fast 120 Nummern fällt auf, dass neben dem Schwerpunkt der lokalen Aktualitäten und Aktivitäten der Blick immer auch auf die Schweiz und darüber hinaus auf die Welt gerichtet wurde. So war es in den 1980er- und 1990er-Jahre beispielsweise der Blick auf Zentralamerika, die Apartheid in Südafrika, Ex-Jugoslawien, Asyl- und Ausländerfragen, Friedensbewegungen usw. Gleichstellungsthemen waren

präsent: So wurde der Prozess zur Schaffung eines Zuger Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann ausführlich dokumentiert, ebenso die Arbeit während des vierjährigen Bestehens von 1992 bis 1995 und – leider – die Abschaffung im Jahre 1995. Zum 14. Juni 1991 – dem ersten Frauenstreiktag – erschien ein Bulletin fast ausschliesslich zu diesem – heute – historischen Tag. Viele Artikel zu städtischen und kantonalen Themen sind auch heute noch aktuell: Wohnungsnot, Stadtverkehr, Lebensqualität, Stadt- und Raumplanung, Steuerfragen, Finanz- und Werkplatz Zug, Umwelt- und Energiefragen, Landwirtschaft, um nur ein paar zu nennen. Wichtig waren und sind auch die Artikel über Skandale rund um den Finanzplatz. Einmal wurde das BULLETIN eingeklagt – und gewann den Prozess!

Während dieser 30 Jahre arbeitete die Redaktion immer ehrenamtlich und konnte – zum Glück – immer auf langjährig engagierte RedaktorInnen zählen. Anfang 2000 wurde der Herausgeberverein gegründet, um die Herausgabe auf eine breitere Basis abzustützen, die Finanzierung und Aboverwaltung zu übernehmen und damit das Erscheinen des Bulletins zu sichern. Dadurch wurde die Redaktion entlastet und konnte sich ausschliesslich um den Inhalt und die journalistischen Arbeiten kümmern. Die Zeitschrift ist selbsttragend – und seit 30 Jahren ohne Werbung!

Allen, die seit Jahrzehnten zum Erscheinen des Bulletins beitragen, ein grosses Dankeschön! Der Dank gilt den aktiven und früheren Redaktionsmitgliedern, den AutorInnen, den AbonnentInnen, den LektorInnen, LayouterInnen und den aktuellen und früheren Vorstandsmitgliedern des Herausgebervereins. Wir sind gespannt, wie die nächsten 30 Jahre des Bulletins aussehen! ■

Vom Zoo der Welt zur Farm der Tiere

Andreas Lustenberger, Kantonsrat Alternative – die Grünen
Bild BULLETIN

4 Die gesetzliche Verankerung von Sonderrechten bei der Integration für sehr vermögende Personen im Kanton Zug hat eine breite mediale Berichterstattung ausgelöst. Nachdem die vorberatende Kommission noch klar hinter der drohenden «Zuger Apartheid» gestanden hat, hat der Wind gedreht. Dies haben auch die bürgerlichen Parteien mitbekommen und setzen in letzter Sekunde zum «Buebetrickli» an.

Der Kanton Zug ist bekannt für seine Internationalität und dem damit verbundenen breiten Mix unterschiedlichster Kulturen. Eine Internationalität, welche nicht nur positive Auswirkungen hat, ich denke dabei zum Beispiel an die hohen Immobilienpreise, aber eine Internationalität, welche durchaus einiges zu einem multikulturell offenen Zug beigetragen hat. Im Zuge des grassierenden Neokapitalismus und der damit verbundenen Umverteilung von unten nach oben wollte der Zuger Regierungsrat, innovativ wie man eben so ist, einen Schritt vorausgehen.

ligung für schwerreiche Personen einführen. Neu hätten vermögende Personen von der gesetzlich vorgeschriebenen Integration (Erlernen der deutschen Sprache) befreit werden sollen. Damit wäre eine in der Schweiz seit 1848 noch nie dagewesene Ungleichheit geschaffen worden. Vergleichbar mit mittelalterlichen Zuständen, als es noch klare Grenzen zwischen dem Adel, der Kirche und dem Volk gab. Vergleichbar aber auch mit den Zuständen in Südafrika während der Schreckensherrschaft des Apartheid-Regimes, zu welchem der Kanton

Regime wie auch das Mittelalter gehören der Vergangenheit an und die Schweiz kennt seit der Gründung des Bundesstaates den Grundsatz «gleiche Rechte bei gleichen Pflichten».

Die Witwe Zachanassian

Eine Million Franken hatte die Witwe Zachanassian im «Besuch der alten Dame» von Dürrenmatt den Dörflern aus Güllen geboten für ein – sagen wir – unmoralisches Angebot. Mit ihrem unmoralischen Angebot spekulierte die alte Dame auf die menschliche Gier nach finanziellen Vorteilen. Für einmal geht es nicht um Diskriminierung infolge der Herkunft oder der religiösen Überzeugung. Nein, mit der vom Zuger Regierungsrat vorgeschlagenen Gesetzesänderung sucht er eine klare Unterteilung zwischen finanziell nützlicheren und weniger nützlichen Personen. Niederlassungswillige, welche kein Deutsch lernen wollen, könnten also durchaus auf die Gier des Kantons Zug zählen.

Aushebelung der Lex Koller

Mit einer Ausnahmeklausel wollte der Kanton Zug nun diesen Grundsatz über den Haufen werfen. Die aussergewöhnliche Relevanz (wichtige öffentliche Interessen) einer Bevorzugung bei den Integrationskriterien, wie sie im regierungsrätlichen Vorschlag genannt wurde, ist in keiner Weise gegeben. Mit der vereinfachten Niederlassung von sehr vermögenden Ausländerinnen und Ausländern wird jedoch das Tor für Spekulationen und Investitionen in Schweizer Immobilien und in unseren kostbaren Boden geöffnet. Denn der Kauf von Boden und Immobilien, die nicht zum Eigengebrauch erworben werden, ist ohne Niederlassungsbewilligung nicht möglich. Mit dem Zuger Sonderrecht würde die sogenannte Lex Koller ausgehebelt. Es mag verwundern, dass der Zuger Regierungsrat und die bürgerlichen Parteien so sorglos mit dem

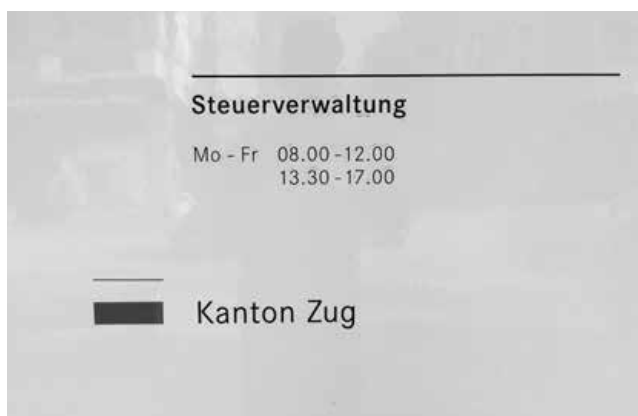


Zug ist international. Das hat viele positive Auswirkungen, birgt aber auch Risiken.

Gesetze gelten für alle

Der Zuger Regierungsrat und auch die Mehrheit der kantonsrätlichen Kommission wollten eine Sonderregelung bei der Niederlassungsbewil-

Zug ja bekanntlich eine «besondere» Beziehung pflegte. Es waren Zuger Firmen, die den internationalen Handelsboykott gegen Südafrika umgingen. Sowohl das Apartheid-



In Zug kommt man auch ohne Landessprache zurecht: Übersetzungsprogramme wie «google translate» übersetzen sinngemäss richtig, wie unser Beispiel zeigt.

wohl kostbarsten Gut in der Schweiz umgehen. Mit einer höheren Anzahl finanzkräftiger Investoren aus dem Ausland würde natürlich der Druck auf die Bodenpreise verschärft. Für uns würde dies konkret heissen, dass das Wohnen teurer wird und die Schweiz ihr eigenes Land zum Ausverkauf anbietet.

Wer ist der gleichere Mensch

Die gesetzliche Legitimation von Menschen mit mehr und Menschen mit weniger Rechten wäre erstens ein Hohn für alle hart arbeitenden Personen, welche sich das Leben im Kanton Zug kaum noch leisten können. Es wäre zweitens aber auch einer liberalen Gesellschaft unwürdig, in der niemand Vorrechte hat und niemand diskriminiert wird. Weder auf Grund der Herkunft oder der religiösen Überzeugung, und auch nicht auf Grund seines Kontostands. Während sich der Mittelstand mühselig durch den Arbeitsaltag schlägt, nimmt die Privilegierung einer Oberschicht ihren Lauf und der Neoliberalismus führt dazu, dass gewisse Menschen am Schluss eben doch etwas gleicher sind als die anderen. George Orwell lässt grüssen.

Zuger Kantonsrat mit «Buebetrickli»

Noch zu Beginn der medialen Berichterstattung stellten sich Bürger-

liche mit breiten Schultern hinter dieses Sonderrecht. Als dann aber sogar die Zuger Lokalzeitung in einer Strassenumfrage keine einzige Person dafür gewinnen konnte, bekamen wohl so einige Politikerinnen und Politiker kalte Füsse. In einer denkwürdigen Hauruckübung unterstützte der Regierungsrat einen Streichungsantrag der gesamten Sprachintegrationsbedingungen. Dieses «Buebetrickli» aus der Küche der CVP fand auch bei der FDP eine Mehrheit. Zum Schluss verstanden es auch die Politiker der SVP, welche in ihren Voten zu Beginn der kantonsrätlichen Debatte noch immer voll und ganz für die Sonderrechte gekämpft hatten, und stimmten dem Streichungsantrag zu. Nun liegt die Regelung bei der Vergabe der Niederlassungsbewilligung völlig intransparent in der Hand der Regierung und des zuständigen Amtes für Migration. Die juristische Ausgangslage bleibt jedoch die gleiche, aus unserer Sicht und auch aus der Sicht verschiedenster Rechtsexperten ist eine solche Sonderregelung verfassungswidrig. Eines ist klar: Es wäre fatal, wenn der Regierungsrat die mahnenden Worte seitens des Parlamentes und vor allem auch seitens der Bevölkerung einfach ignorieren würde und die Sonderregelung durch die Hintertüre einführt.

Integration für alle

Das Beherrschen einer Landessprache ist eines von vielen Kriterien für eine erfolgreiche Integration. Dies gilt genauso für den Velomechaniker aus Mazedonien, die Krankenpflegerin aus Thailand wie für den Topmanager aus Kanada. Die Gefahr einer internationalen Parallelgesellschaft ist real – diese gilt es zum Wohle eines gut funktionierenden Kantons zu vermeiden. Gerade heute, in Zeiten der Globalisierung und der weltweiten Unsicherheit, ist es wichtig, eine weitsichtige Politik zu betreiben. Darum dürfen wir aus angeblich finanzpolitischen Erwägungen die Errungenschaften unserer demokratischen und liberalen Gesellschaft nicht leichtfertig abschaffen. Anfang Mai wird es im Zuger Kantonsrat zur zweiten Lesung und damit auch zur Schlussabstimmung kommen. Bis dahin wird sich die Alternativ-Grüne Fraktion mit verschiedenen Partnern darüber austauschen, welches Szenario am erfolgversprechendsten sein wird. Wir werden uns in Zukunft mit Überzeugung und viel Herzblut für den Erhalt unserer gesellschaftlichen Grundwerte einsetzen. ■

totgeschwiegen!

Die neuste Taktik der Zuger Blätter mit unseren Voten und Anträgen im Rat umzugehen, ist sie einfach totzuschweigen. Diese Art mit den "Unbequemen" umzugehen, ist nicht neu und sehr einfach. So muss man/frau sich mit unseren Anliegen nicht grundsätzlich auseinandersetzen --- Anliegen, die nebenbei gesagt die meisten von uns angehen.

Sich nur nicht beunruhigen lassen, heisst die Devise der meisten Menschen - nicht nur an politisch verantwortlichen Stellen. Ob es nun um Geschäfte mit der 3. Welt oder Probleme bei uns geht. Dass es unseren "Gegnern" überhaupt um eine echte Auseinandersetzung geht, bezweifle ich im Grunde. Zu oberflächlich und zynisch sind oft - wenn nicht totgeschwiegen - ihre Anwürfe, wie z.B. der neuste, uns in die marxistisch-leninistische Ecke zu stellen. Mit einigem kann ich mich ja noch abfinden, zu vieles kenne ich aus meiner politischen Arbeit.

Beunruhigend ist für mich einfach, dass unsere Wählerinnen und Wähler nichts von uns in den Zuger Zeitungen lesen können.

Bei den vergangenen Wahlen haben wir von der SGA viel dazugewonnen, am meisten von allen Parteien, aber bei allen Jahresrückblicken in den Medien wurde auch dies totgeschwiegen.

Ich hoffe durch unser Bulletin, unsere Information und Aktionen, können unsere Sympathisanten sich davon überzeugen, dass wir im Rat unsere Wahlversprechen einhalten und immer wieder versuchen, unsere Wahlplattform umzusetzen.

Die SGA-Weihnachtsaktion für mehr konkrete Solidarität wurde wie üblich totgeschwiegen. Jeder Kantonsrätin und jedem Kantonsrat,

ebenso Regierungsrat und der Presse legten wir eine Banane aus Nicaragua mit Fähnchen und grünem Info-Zettel aufs Pult - schön sah es aus!

Kein Kommentar mir gegenüber von nur einer Frau oder einem Mann im Rat - Oh doch - ein, ich glaube CVP-Mann, brachte mir am Schluss der Sitzung die Schale eingewickelt in die Zuger Nachrichten mit folgendem Kommentar zurück: "für das Recycling solle ich nun selbst besorgt sein!". Die Sekretärinnen im Regierungsgebäude und die anwesende Schulklasse aus Steinhäusern freuten sich an der Aktion - ob es nur um die Bananen ging oder ob sie sich auch über den Kommentar unterhalten haben, es bleibt zu hoffen. Uebrigens: auf keinem Foto von dieser Sitzung sah man die Bananen mit Fähnchen - haben sich die feinen Zeitungsleute sogar die Mühe genommen diese wegzuretouchieren? Dank wenigstens dem Kantonsratspräsidenten, der sein JA zu unserer Aktion gegeben hat.

Dieser Vorfall zeigt mir sehr viel auf, und ich weiss jetzt auch warum ich mich oft so beklemmend - eingeklemmt in diesem Rat fühle, dies liegt nicht nur an unseren harten Stühlen mit Seitenlehnen und einem Brett vor dem Pult, damit wir die Beine nicht strecken können.

Wir von der SGA werden aber weiter unsere Köpfe strecken und uns einmischen.

Totschweigen wollen wir nichts, auch wenn es einigen schlaflose Nächte bereitet - vielleicht auch einigen Schweigern aus dem schönen Regierungsratssaal mit den verantwortungsvollen Geschäften - ich habe sie schon lange.

Madeleine

Mehr als nur Symbolik

Manuela Weichelt-Picard, Regierungsrätin der Alternativen – die Grünen Kanton Zug

Moderne Gleichstellungspolitik will von Stereotypen wegkommen, doch bei der Thematik fallen Involvierte nur allzu oft in alte und starre Denkmuster zurück. Bei der Vernehmlassung zu einem entsprechenden kantonalen Gesetz hat sich dies einmal mehr bestätigt.

Am vergangenen 8. März war es wieder einmal so weit. Ich war als Regierungsrätin zum Internationalen Tag der Frau geladen und durfte ein paar Worte an die versammelte Frauengruppe richten. Untertitel der Veranstaltung: «Die neuen alten Frauen». Auf der Einladungskarte zur Veranstaltung war das Foto einer weisshaarigen Seniorin abgedruckt, die einen trendigen, farbigen Kopfhörer trug. Es wird kaum ein Beitrag über die offizielle Gleichstellungspolitik gewesen sein, denn solche wird von raueren Tönen begleitet und die Fortschritte sind stockend. Warum nur?

Was bisher geschah

Im Kanton Zug hatte das Thema Gleichstellung bekanntlich schon immer einen schweren Stand. Das kantonale Gleichstellungsbüro wurde nach vierjährigem Betrieb auf Geheiss des Kantonsrats 1995 aufgelöst. Eine daraufhin eingesetzte Kommission, die sich für Chancengleichheit stark machte, musste im Jahre 2010 wiederum auf Geheiss des Kantonsrates ihre Arbeit beenden. Gegen diesen Entscheid wurde Beschwerde erhoben und das Bundesgericht stellte klar: Der Kanton Zug ist verpflichtet, verbindlich zu regeln, wie und mit welchen Mitteln er den Gleichstellungsauftrag umsetzt. In der Folge beauftragte der Regierungsrat die Direktion des Innern mit der Ausarbeitung eines kantonalen Gesetzes über die Gleichstellung von Mann und Frau. Wie das Echo der Vernehmlassung ausfiel? Reflexartig meldete die eine Hälfte, das Gesetz sei unnötig, zumal im Kanton Zug Frauen und Männer weitestgehend gleichgestellt seien, während die



andere Hälfte ganz gegenteilig die Ansicht vertrat, das Gesetz gehe viel zu wenig weit. Auf eine rein «symbolische Gesetzgebung» ohne konkrete Rechte und Pflichten, so die Tonlage, könne verzichtet werden.

Gesetz für alle

Doch aufgepasst! Nur weil im Gesetz kein Massnahmenplan enthalten ist – ein solcher ist kaum je Bestandteil von Gesetzesvorlagen – heisst das nicht, dass die Zuger Regierung nicht konkrete Vorstellungen darüber hat, wie sie die Chancengleichheit im Kanton Zug vorantreiben will. Im Gegenteil: Das Gleichstellungsgesetz bildet viel mehr die Grundlage und ist Voraussetzung für den Massnahmenplan, welcher, vom Regierungsrat gestützt, darauf erlassen wird. Der Regierungs-

rat wird das Gesetz voraussichtlich im ersten Halbjahr 2016 zuhänden des Kantonsrats verabschieden. Dass im Jahre 2016 auch Männer eine wichtige Zielgruppe der Gleichstellungsförderung sind und von diesen Massnahmen profitieren sollen, versteht sich von selbst. Die parlamentarische Weichenstellung hierzu wurde auf Bundesebene mit der gemeinsamen Elternschaft und egalitären Betreuungsmodellen bereits begonnen. Eine weitere Baustelle hier ist die so genannte «Einverdienerlast», die auf vielen Männerschultern lastet und – nicht nur, aber auch – in Zusammenhang mit tieferen Salären steht, das weibliche Erwerbstätige erzielen. Der Kreis schliesst sich. Gleichstellungspolitik heisst auch, alte Rollenklischees aufzubrechen. ■

7

Hinweis der BULLETIN-Redaktion auf die Info des Regierungsrates vom 2. März 2016:

Nein zu regelmässigen betriebsinternen Lohnanalysen

Der Kanton Zug will Arbeitgebende nicht per Gesetz dazu verpflichten, regelmässig eine betriebsinterne Lohnanalyse zur Behebung geschlechtsspezifischer Lohnungleichheit durchzuführen. Damit lehnt er einen Vorschlag des Bundesrates ab, der im Rahmen der Änderung des Bundesgesetzes über die Gleichstellung von Frau und Mann eine solche Massnahme ins Gesetz aufnehmen will. Ein solcher staatlicher Eingriff ist aus Sicht der Zuger Regierung wirtschaftsfeindlich und nicht angezeigt, zumal Lohnungleichheiten nicht per se auf das Geschlecht zurückzuführen sind. Vielmehr gilt es, Stereotype von klassischen Frauen- bzw. Männerberufen aufzubrechen und die Erwerbstätigkeit familienfreundlicher zu gestalten.

Die sanfte Machtverschiebung

Christian Müller, Leiter Institut Zukunft
Bild Initiative Grundeinkommen

8 Wer etwas verändern will, muss bei der Wurzel ansetzen. Dank der günstigen Ausgangslage hat unsere Generation die Möglichkeiten, mehr Gerechtigkeit und Freiheit für alle zu erlangen. Das bedingungslose Grundeinkommen wäre eine radikale Veränderung: Es ermöglicht erfülltes Arbeiten, Gerechtigkeit und individuelles Glück. Für viele ist die Idee eine verrückte Utopie. Am 5. Juni 2016 stimmt die Schweiz darüber ab. Dieser Essay baut eine Brücke von heute in eine Wirklichkeit von morgen.

Wir leben in bewegenden Zeiten. Natürlich war das schon immer so, Veränderung ist eine Konstante in der Menschheitsgeschichte. Dennoch gibt es verschiedene Anzeichen dafür, dass sich die Lebensumstände für die Menschen in unseren Breiten-graden immer rascher wandeln.

Gutes statt bequemes Leben

Das ist ein grosses Glück. Denn ein alter Menschheitstraum geht in Er-

füllung: Noch nie gab es für eine Gesellschaft so viele materielle Möglichkeiten wie heute. Armut und Knappheit, die bis vor wenigen Generationen den Alltag prägten, sind hierzulande selten geworden. Wir sind Teil einer riesigen Erfolgsgeschichte. Seit dem Zweiten Weltkrieg ist in der Schweiz das Volkseinkommen stetig gewachsen. Gleichzeitig hat aber die Zufriedenheit der Menschen seit den Siebzigerjahren nicht zugenommen.



Am 4. Oktober 2013 wurden zur Einreichung der «Initiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen» 8 Mio. Fünfräppler auf dem Bundesplatz Bern ausgeschüttet. Danach wurde der Geldberg verkauft. Der neue Besitzer heisst: Stapferhaus Lenzburg. In der neuen Ausstellung des Stapferhauses «Geld – jenseits von Gut und Böse» ist der Geldberg zu besichtigen.

Dies kann einen von Herzen schmerzen. Gleichzeitig eröffnet diese Ausgangslage aber auch immense Möglichkeiten. Die Frage lautet: Wie kommen wir von einem bequemen zu einem guten Leben? Wir haben unsere Wirtschaft zu unglaublicher Produktivität gebracht, doch sind wir nicht in der Lage, diesen Erfolg adäquat in Lebensqualität umzuwandeln. Wir leben über unsere Verhältnisse, aber unter unseren Möglichkeiten. Ist es klug, dass wir uns den vermeintlichen Sachzwängen der Wirtschaft weiterhin so stark unterordnen?

Arbeit von Einkommen entkoppeln
Durch die angeblichen Sachzwänge fühlen sich viele Menschen wie ein Hamster im Rad. Es bleibt keine Zeit, die Frage nach dem guten Leben zu stellen. Deren Beantwortung würde mit einer individuellen Auseinandersetzung beginnen: Jeder Mensch muss für sich entscheiden, was das gute Leben ausmacht; Musse, Selbstbestimmung und Lebenssinn können Elemente davon sein. Das bedingungslose Grundeinkommen kann durch die Lockerung der fixen Kopplung von Arbeit und Einkommen Raum dafür schaffen. Ein Grundeinkommen stellt nicht das gute Leben bereit, es schafft lediglich bessere Voraussetzungen dafür. Mit anderen Worten: Das bedingungslose Grundeinkommen nimmt den Menschen ihre eigene Entwicklung nicht ab, sondern macht diese eher möglich. Wer von Beginn an weiss, dass er unter keinen Umständen unter das Existenzminimum fallen wird, richtet sein Leben stärker an seiner Berufung aus.

Viele haben innerlich längst gekündigt und sehnen bereits am Morgen den Feierabend herbei. Das ist verschwundene Lebenszeit und zudem schlecht für die Produktivität. Stellen wir uns dagegen eine Welt vor, in der die Menschen grösstenteils aus freien Stücken zur Arbeit kommen,

sich aus echtem Interesse einsetzen und sich persönlich mit dem Inhalt ihrer Arbeit verbinden: Diese Grundlage birgt enormes Wertschöpfungspotenzial, das die heutige Anreizstruktur bei Weitem überflügelt.

Mehr Demokratie

Politische Veränderungen geschehen bei uns über Mehrheiten. Die Demokratie ist aber nur so viel wert, wie die Freiheit, in der sich ihre Teilnehmer bewegen können. Angst und Abhängigkeit sind Gift für eine gleichberechtigte Gesellschaft und versperren den Blick auf Entwicklung und Entfaltung jedes einzelnen. Ein bedingungsloses Grundeinkommen wäre die Einführung der Demokratie auf wirtschaftlicher Ebene.

Etwas überspitzt ausgedrückt sind die Menschen mit einem bedingungslosen Grundeinkommen auf dem Arbeitsmarkt nur noch auf das Existenzminimum erpressbar. Das gibt jedem einzelnen die Möglichkeit, auch mal Nein sagen zu können. Nein zu unwürdigen Arbeitsverhältnissen, Nein gegenüber zu tiefer Bezahlung oder Nein zu übermässigem Stress. Vor allem aber gäbe ein gesicherter Sockel beim Einkommen die Möglichkeit, Ja zu sagen zu dem, was man wirklich möchte. Das ist eine Aufgabe fürs Leben.

Machtverschiebung

Ein bedingungsloses Grundeinkommen ist somit nicht weniger als eine sanfte Machtverschiebung: weg von denen, die viel haben, hin zu denen die wenig haben. Das hat vorerst nichts mit Umverteilung von Geld zu tun. Allerdings könnte diese neue Ausgangslage weitreichende Auswirkungen bei Abschöpfung und Aufteilung von wirtschaftlichem Profit haben.

Der springende Punkt ist aber, dass die Selbstermächtigung jedes einzelnen durch ein bedingungsloses Grundeinkommen auch mehr individuelle Verantwortung mit sich

bringt. Wer die Möglichkeit hat, sein Tun und Lassen weitgehend frei zu gestalten, muss auch dafür geradestehen. Hier beginnt die gemeinschaftliche Arbeit an Zukunft. Nicht gegen das heutige, sondern für ein zukunftsfähiges System von morgen.

Gesellschaftliche Wertschöpfung

Bereits heute wird in der Schweiz mehr unbezahlte Arbeit geleistet als bezahlte Erwerbsarbeit: Ein grosser Anteil davon wird in den Familien geleistet. Menschen erkennen Notwendigkeiten und handeln danach: Insbesondere in der Care-Arbeit trifft das stark auf Frauen zu.

Die Frage, welche Wertschöpfung aus dem bedingungslosen Teil der Einkommen resultieren würde, ist wichtig. Die Antwort darauf hängt vom Menschenbild ab. Sieht man den Menschen als ein faules Wesen, das wenig arbeiten und gierig konsumieren will? Oder glaubt man, dass der Mensch ein existenzielles Bedürfnis nach Sinn hat, dass die Summe dieser sinnvollen Tätigkeiten zu einem guten Leben für alle führen könne.

Das Grundeinkommen wäre ein System, das durch die Bedingungslosigkeit jedem Einzelnen den Freiraum geben würde, regelmässig den Status quo zu hinterfragen und die Zukunft proaktiv zu gestalten. Das heisst, es würde ein zeitgemässes System geschaffen, das sich agil an neue Gegebenheiten und Umbrüche anpassen kann. Durch die Einführung des Grundeinkommens gestaltet man also nicht nur die Zukunft, sondern ermöglicht dadurch auch, die Zukunft zu gestalten. ■

Wie funktioniert das bedingungslose Grundeinkommen?

Jeder Mensch, der rechtmässig in der Schweiz lebt, erhält bedingungslos das Existenzminimum, egal, ob er erwerbstätig ist oder nicht. Das Grundeinkommen wird bis ans Lebensende von einer staatlich organisierten Kasse ausbezahlt. Über die Höhe braucht es eine demokratische Debatte.

Als Diskussionsgrundlage wird oft ein monatlicher Betrag von 2500 Franken genannt. Auch Kinder erhalten ein Grundeinkommen, aber ein deutlich tieferes. Viele werden mehr Einkommen wollen – zusätzliches Einkommen würde weiterhin auf dem Arbeitsmarkt erwirtschaftet. Die Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens ist möglich, wenn die ausbezahlten Grundeinkommen bestehende Einkommen ersetzen. Ein Beispiel: Wer heute 6000 Franken Lohn hat, wird in einer Welt mit Grundeinkommen ein gleich hohes Einkommen erzielen, es setzt sich aber anders zusammen: 2500 Franken Grundeinkommen, 3500 Franken Erwerbseinkommen. Dank tieferer Lohnkosten sinkt im Unternehmen der Produktionsaufwand, dafür braucht es eine Abgabe, die die Grundeinkommenskasse füllt. Im Prinzip ein Nullsummenspiel. Nur wer heute weniger als 2500 Franken hat, würde mit dem bedingungslosen Grundeinkommen zusätzliches Geld von der Gesellschaft erhalten. Die heutigen Sozialleistungen, die das Grundeinkommen übersteigen, sollen erhalten bleiben.

www.bedingungslos.ch

Christian Müller, 1981, leitet das Institut Zukunft in Zürich. Dies ist ein Thinktank, der Alternativen für die Arbeit und die Wirtschaft von morgen entwirft. Zusammen mit Daniel Straub schrieb er ein Buch zum Grundeinkommen, das unter dem Titel «Die Befreiung der Schweiz» beim Limmat Verlag erschienen ist. www.zukunft.ch

Ja, aber freiwillig

Florian Brunner, Projektleiter Fossile Energien & Klima, Schweiz. Energie-Stiftung SES
Bild Schweiz. Energie-Stiftung SES

10

Nach dem Kyoto-Protokoll ist in Paris ein neues Klima-Abkommen zustande gekommen. Die Staaten beschliessen am UN-Klimagipfel im Dezember 2015, den weltweiten Ausstoss von Treibhausgasen so stark zu senken, dass die Erderwärmung nicht mehr als 1,5 Grad beträgt. Das ist, nach einigen erfolglosen Klimakonferenzen, ein erster Schritt und anerkennenswert, aber noch lange kein Anlass zur Freude. Denn erreicht ist im Grunde noch gar nichts. Es fehlen verbindliche Emissionsreduktionsziele und Sanktionsmechanismen. Wörter wie «Dekarbonisierung» und «Nullemissionen» wurden gleich ganz gestrichen. Mit diesem Vertrag verfehlt die Welt das gesetzte Ziel bei weitem.

Die Treibhausgase tragen zu einer globalen Erwärmung und den dadurch bekannten Folgen bei. Die durchschnittliche Temperatur in der Schweiz ist seit Messbeginn 1864 bereits um rund 1,7 Grad angestiegen. In der gleichen Periode nahm die Temperatur auf der Nordhalbkugel um 1,1 Grad zu. Dies zeigt, dass in der Schweiz der Temperaturanstieg deutlich ausgeprägter ausgefallen ist als global. Der signifikante Anstieg ist ein eindrückliches Signal der Klimaänderung in den vergangenen Jahrzehnten. Und die Klimawissenschaft ist sich einig: Die Menschen, insbesondere in den Industrieländern, sind für den weltweiten Temperaturanstieg verantwortlich. Der Grund hierfür ist unser Energieverbrauch. Seit hundert Jahren wird mit fossilen Energien geheizt, gefahren, geflogen und Strom produziert. Tendenz steigend. Sofortiges Handeln ist unbedingt notwendig. Um die Treibhausgasemissionen rasch zu senken, müssen wir weniger Energie verbrauchen, die heute bereits verfügbaren, effizientesten Technologien einsetzen und fossile Energien durch erneuerbare ersetzen (Wind, Wasser, Biomasse, Sonne und Geothermie). Und es ist die bestmögliche Zusammenarbeit aller Länder notwendig. Daran führt kein Weg vorbei.

Auf später verschoben

An der Klimakonferenz in Paris hat man sich Ende des letzten Jahres auf ein neues Übereinkommen, das

sogenannte Paris Agreement, geeinigt. Darin wurde das Ziel definiert, die durchschnittliche globale Erwärmung gegenüber dem vorindustriellen Wert deutlich unter 2 Grad Celsius zu halten und wenn möglich nicht über 1,5 Grad steigen zu lassen. Alle 195 Staaten haben sich zu diesem Ziel verpflichtet. Ziele sind zwar gut und recht, entscheidend ist aber, wie sie erreicht werden sollen. Dies war eine der grossen Herausforderungen an den Pariser Verhandlungen. Die Staaten einigten sich darauf, möglichst rasch das Maximum der Treibhausgasemissionen zu erreichen. Entwicklungsländern wird etwas mehr Zeit zugesprochen als den Industriestaaten. Nach dem Höchststand sollen die Emissionen dann wiederum rasch sinken. Um das hehre 2-Grad-Ziel zu erreichen, müssten wir mit der CO₂-Reduktion im Grunde sofort und vor der eigenen Haustüre beginnen. Aber genau damit will sich die Staatengemeinschaft Zeit lassen. So möchte zum Beispiel China seine Emissionen erst ab 2030 reduzieren, bis dahin dürfen die Emissionen weiter steigen. Der Weg zu einer starken Emissionsminderung sollte mit fixen Daten ausgedrückt werden. Gleichwohl fand im Abkommen nur eine Einigung mit vergleichsweise schwacher Formulierung Platz: In der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts soll eine «Balance zwischen menschengemachten Emissionen und der Entfernung von Treibhausgasemissionen durch Sen-

ken» erreicht werden, so zum Beispiel durch die Wiederaufforstung von Wäldern oder durch Formen der künstlichen Entfernung von CO₂ aus der Atmosphäre. Das heisst, dass zwischen den Jahren 2050 und 2100 die Treibhausgasemissionen auf netto null reduziert werden sollen. Das Wort «Dekarbonisierung» erscheint im Vertrag im Gegensatz zu einigen Entwürfen allerdings nicht mehr. Damit wäre ein handfesteres Signal zuhanden eines raschen Endes des fossilen Zeitalters ausgesendet worden.

Zu viel Freiwilligkeit

Auf die grossen Worte sollten nun ebenso grosse Taten folgen. Und wer sich Ziele setzt, muss sich auch zu regelmässiger Überprüfung bekennen. Aber auch da ist es schlecht bestellt um die Wirksamkeit. Die beteiligten Staaten wollen sich alle fünf Jahre selber überprüfen und je nachdem neue Ziele festlegen. Das ist löblich, bringt aber wenig, wenn es keine Sanktionsmöglichkeiten gibt. In diesem Vertrag fehlt das Handfeste. Zu freiwillig ist das Notwendige. Das wird es auch ambitionierten Staaten schwer machen, mit gutem Beispiel voranzugehen, auch der Schweiz.

Die Folgen für die Schweiz

Die Ziele für den weltweiten Klimaschutz werden mit dem Abkommen von Paris etwas ehrgeiziger. Wenig anspruchsvoll bleibt dagegen die Schweizer Klimapolitik. Sie reicht schon jetzt nicht, um einen gerechten Beitrag an die Erreichung des 2-Grad-Ziels zu leisten. Noch weniger genügt sie, um das 1,5-Grad-Ziel einzuhalten. Nach dem Klimagipfel in Paris sollte eine Entwicklung in Gang kommen, welche die Prozesse und Massnahmen betrifft, die jedes Land bei sich zu Hause ergreifen muss. Und die Schweiz müsste jetzt, was sie selber angeht, über die Bücher gehen und ihr CO₂-Gesetz anpassen. Nimmt man die Anforder-



rungen, die von der Schweiz in Paris mitunterzeichnet wurden, also ernst, dann sind radikale Massnahmen gefordert. Das heisst, die eigentliche Arbeit beginnt erst jetzt. Für die Erreichung der Klimagipfel-Ziele muss die Schweiz den CO₂-Reduktions-Beitrag verdoppeln. Der Bundesrat sollte entsprechend die Zielsetzungen für das Jahr 2020 von 20 auf 40 Prozent anheben. Er hat gemäss geltendem CO₂-Gesetz auch die Befugnis dazu, denn das bestehende CO₂-Gesetz ist noch bis 2020 in Kraft. Ausserdem muss das Parlament im neuen CO₂-Gesetz für die Zeit nach 2020 eine 60 Prozent-Reduktion der Inland-Emissionen für das Jahr 2030 festschreiben. Die in Paris präsentierten Ziele lauten 50 Prozent-Reduktion bis 2030, allerdings lediglich 30 Prozent im Inland und 20 Prozent im Ausland. Es wird spannend zu beobachten, wie das bisher zurückhaltende Parlament mit CO₂-Zielen umgehen wird.

Die Schweiz braucht mutige und schnelle energiepolitische Schritte, wenn sie ihren gerechten Beitrag zum Klimaschutz leisten will. Hierzu gehört in erster Linie die Reduktion des Energiebedarfs, insbesondere durch erhöhte Energieeffizienz, und ausserdem der massiv beschleunigte Ausbau neuer erneuerbarer Energien.

Klimaschutz zuhause

Wir können auch selber das Klima schützen, jede und jeder kann etwas beitragen. Fliegen Sie zum Beispiel möglichst selten. Fliegen ist vermeintlich billiger als die Reise mit der Bahn. Das stimmt aber nur deshalb, weil andere die Kosten tragen, in Form von Klimaschäden zum Beispiel. Oder fahren Sie wenig Auto, und wenn Sie ein Auto brauchen, dann setzen Sie auf Carsharing. Das effizienteste Fortbewegungsmittel ist aber immer noch das Velo. Essen Sie ausserdem mehr Pflanzen und dafür

wenig Fleisch- und Milchprodukte. Unsere Ernährung verursacht rund einen Drittel der konsumbedingten Treibhausgase. Heizen Sie zudem nicht zu warm, 20 Grad statt 22 Grad machen rund 12 Prozent Einsparung der Heizenergie aus. Und wenn Sie Hausbesitzer sind oder Einfluss haben: Machen Sie Ihr Haus energieeffizient und nutzen Sie erneuerbare Energien.

Florian Brunner,
Projektl. Fossile Energien & Klima,
Schweiz. Energie-Stiftung SES,
Sihlquai 67, 8005 Zürich,
044 275 21 21,
www.energiestiftung.ch,
florian.brunner@energiestiftung.ch

Kann ein Koloss nachhaltig sein?

André Guntern, Andreas Lustenberger, Susanne Giger, Alternative – die Grünen Baar/Zug
Bilder André Guntern und Implenia

12

Im Niemandsland zwischen Zug und Baar soll ein für Zuger Verhältnisse riesiges Stadtquartier entstehen. Als besondere Herausforderung läuft die Gemeindegrenze quer durch das Projekt Unterfeld. Doch viele Fragen sind noch offen: Wer soll hier wohnen und arbeiten, und lässt sich eine solche «Satellitenstadt» überhaupt in die gewachsenen Orte integrieren? Können die hohen Ziele und Versprechen bezüglich Nachhaltigkeit von Investoren und Behörden erfüllt werden? Und wie wird das Projekt zum heutigen Zeitpunkt aus alternativer Sicht beurteilt? Die im 2016 anstehenden Entscheide werden zeigen, ob das Projekt eine Chance hat.

Was die verschiedenen Grundeigentümer und Investoren zusammen mit der Stadt Zug und der Gemeinde Baar seit rund fünf Jahren nördlich der Schleife planen, sprengt für Zuger Verhältnisse jeden Rahmen. Auf einer Fläche von 5,6 Hektaren soll eine Überbauung mit dereinst fast 700 Wohnungen und rund 46000 Quadratmetern Büro- und Gewerbenutzflächen entstehen. Es wird Raum für ca. 1300 Bewohner und 1000 bis 1500 Beschäftigte geschaffen. Als grösste Investoren stehen hinter dem Projekt die Implenia Immobilien AG und die Korporation Zug mit rund zwei Dritteln des Bauvolumens. Den Rest teilen sich die Pensionskasse der Zuger Kantonalbank, die Gemeinde Baar und eine private Erbgemeinschaft. Aktuell geht man von einem Investitionsvolumen von rund 500 Millionen Franken aus.

Markant: Blockrandbebauung und Zentrumsark

Das Bebauungskonzept sieht eine sogenannte Blockrandbebauung vor, welche das ganze Areal mit unterschiedlich hohen Baukörpern umfasst: Die neun niederen Baufelder umfassen zwischen 8 und 11 Stockwerke und sind 25 bis 34 Meter hoch. Dazwischen liegen die sechs rund 46 bis 62 Meter hohen Hochhäuser mit 15 bis 20 Stockwerken. In den Sockelgeschossen sind publikumsorientierte Nutzungen (Läden, Restaurant, Erholungseinrichtungen usw.) vorgesehen. Für die Betreuung werden ein Kindergarten und eine Kindertagesstätte untergebracht, in Prüfung befindet sich noch der Bau einer Schule auf Zuger Gebiet.

Der Innenraum wird als Park mit einem grösseren künstlichen Gewässer gestaltet. Der heute quer durch das Areal fliessende Stampfibach muss verlegt werden. Er wird Richtung Schleifi geführt, um dann im Korridor des ehemaligen Schleifi-Bahntrassees Richtung Westen zu fliessen. Diese Bachumlegung hat hohen ökologischen Anforderungen zu genügen. Entlang der SBB-Geleise ist ein konzentrierter Sportbereich geplant, in dem multifunktionale Sportplätze geschaffen werden.

Bebauungspläne setzen wichtigen Rahmen

Mit den zwei Bebauungsplänen Unterfeld Baar und Schleife Zug werden die vom Zonenplan vorgegebenen groben Bestimmungen in einem so-

genannten Sondernutzungsplan umgesetzt. Es werden die Nutzung, die Gebäudevolumen und -höhen und die Erschliessung festgelegt. Um der Bevölkerung die noch sehr generellen und abstrakten Planungsinhalte anschaulicher zu präsentieren, wurden Visualisierungen gemacht. Über die konkrete architektonische Gestaltung der Gebäude und viele weitere Details wird jedoch erst später im Baubewilligungsverfahren entschieden. Das Unterfeld liegt zwischen der Bahnlinie und der Nordzufahrt. Es ist über die S-Bahn-Haltestelle Lindenpark und über den Kreisel bei der WWZ-Station Unterfeld erschlossen. In den Tiefgaragen wird es Platz für 900 Autos und 1700 Velos geben. Gemäss den Vorstellungen von Investoren und Behörden soll der Wohnungsmix ein breites Angebot umfassen. Das heisst, dass neben Wohnungen mit gehobenem Standard auch kostengünstige Wohnungskonzepte umgesetzt werden sollen. Die Korporation Zug will auf ihrem Land ausschliesslich preisgünstige Wohnungen bauen. Auf Baarer Boden werden rund 70 preisgünstige Wohnungen erstellt.

Ein Projekt – zwei Gemeinden

Ursprünglich sollte das Gebiet Unterfeld ganz anders bebaut werden. Die beiden bestehenden Quartiergestaltungspläne sahen eine weniger dichte, aber konventionelle Bebauung vor. Im Jahre 2011 wurde mit einem Studienwettbewerb ein neuer Anlauf genommen. Das Gebiet sollte als stadträumliche Einheit unabhängig von der politischen Grenze planerisch als Ganzes betrachtet werden. Zur Begleitung und Gewährleistung des Gemeindegrenzen-übergreifenden Fokus wurde eine gemischte Behördelegation eingesetzt. Unter den verschiedenen Projekten ging das Team HHF Architekten und Topotek 1 Landschaftsplaner als Sieger hervor. Da es sich beim Unterfeld um eine der letzten grossflächigen und gut erschlossenen Baulandreserven han-

«Eine Stadt in der Stadt»

Öffentliche Veranstaltung zum Mega-Bauprojekt Unterfeld zwischen Baar und Zug

Datum: Mittwoch, 6. April, 20 Uhr

Ort: Siehbachsaal, Chamerstr.33

- Vorstellung des Projekts durch Harry Klein, Stadtplaner von Zug
- Beurteilung des Projekts aus alternativ-grüner Sicht
- Möglichkeit für Fragen und Diskussion

Organisation:

Alternative – die Grünen Baar und Zug

delt, ist das Areal im kantonalen Richtplan als Verdichtungsgebiet 2 festgesetzt. Das bedeutet, dass der Kanton in diesem Gebiet eine möglichst hohe Verdichtung anstrebt. Die vom Kanton angestrebte Verdoppelung der Nutzung liess sich jedoch nur schon wegen der negativen Auswirkungen des Verkehrs und des Verlusts an Quartierfreiraum nicht umsetzen. Man einigte sich auf eine Erhöhung der Ausnützung von 1,8

Sportanlagen entlang der Bahngeleise. Es wurde schnell klar: Ein solches Projekt ist ohne Auswirkungen für die bisher mit Blick ins Grüne verwöhnten Anwohner nicht zu haben. Obwohl in der Presse immer wieder über die verschiedenen Planungsetappen berichtet wurde, fehlte es bisher an einer öffentlichen Diskussion über das Projekt. Dies erstaunt aufgrund der Grösse und der damit verbundenen Auswirkungen doch sehr.

auf der grünen Wiese zwischen den Kleinstädten Baar und Zug – das ist vielen nicht geheuer. Praktisch auf einen Schlag entsteht neuer Wohnraum für ca. 1300 Menschen und Arbeitsplätze für 1000–1500 Beschäftigte. Schon jetzt ist klar, dass die Infrastruktur dazu nicht ausreicht. Und trotz guter Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr ist das Unterfeld kein «autoarmes» Projekt. Der Zuger Teil wird von Süden her über die



Blick von der Stadtbahnhaltestelle Lindenpark Richtung Unterfeld.



Hier soll dereinst die Überbauung Unterfeld erstellt werden.

auf 2,1. Neben der Entwicklung des Bebauungsplans sind einige weitere Planungsinstrumente, z. B. Zonenplan und Baureglement anzupassen. Im Weiteren müssen viele Detailberichte wie Umweltverträglichkeitsbericht, Verkehrsbericht, Umlegung Stampfbach usw. eingereicht werden.

Anwohner äussern sich, Bevölkerung noch nicht

Die Bevölkerung hatte bisher zwei Mal Gelegenheit, sich über das Projekt Unterfeld zu informieren: Im Mai 2013 an der Ausstellung der Wettbewerbsbeiträge und Ende September 2015 an einer Informationsveranstaltung in Baar. Diese stiess vor allem bei den direkten Anwohnern vom Eschenweg und vom Feldpark auf grosses Interesse. Sie störten sich an der Verbauung der Aussicht, dem Schattenwurf, dem befürchteten Mehrverkehr oder dem Lärm der

Sicht der ALG Stadt Zug: Viele offene Fragen

In der Bau- und Planungskommission des Grossen Gemeinderates der Stadt Zug wurde mit der Beratung der Vorlage «Unterfeld Schleife – 1. Lesung» kurz vor Ende 2015 begonnen. Die sehr umfangreiche und komplexe Vorlage wird bei Erscheinen dieses Artikels die vorberatende Kommission passiert haben und kommt vermutlich im Sommer 2016 in das Zuger Stadtparlament. Beraten wird selbstverständlich das Gesamtpaket – abgestimmt aber nur über die auf Zuger Boden liegende, hauptsächlich der Korporation Zug gehörende Teilfläche von knapp zwei Hektaren.

Obwohl die Korporation vorwiegend preisgünstige Wohnungen plant, muss man das ganze Projekt kritisch beurteilen. Das tun auch viele Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Zug. Eine «Trabantenstadt»

Schleife für den motorisierten Individualverkehr erschlossen. Es entsteht der Eindruck, dass bezüglich Verkehr die Ansprüche an die Nachhaltigkeit, wie sie die 2000-Watt-Gesellschaft fordert, nicht erfüllt werden können.

Kann das Projekt nachhaltig sein?

Auf Baarer Boden ist für die rund 300 Wohnungen kein neues Schulgebäude vorgesehen. In einem Vertrag mit der Stadt Zug wurde beschlossen, dass die neuen Baarer Schüler auf Zuger Seite zur Schule gehen. Doch der mangelnde Schulraum in Zug West ist seit Jahren ein Thema. Die Korporation hat der Stadt in ihrem Teil der Überbauung sogar ein Mietangebot für die benötigten Schulräume unterbreitet und dafür auf eigene Kosten eine Machbarkeitsstudie erstellt. Der Zuger Stadtrat hat vom Parlament den Auftrag erhalten, das Projekt fundiert zu prüfen. Ob dies für die Baarer und



Dieser Kreiselparkplatz wird die Nordzufahrt zur Überbauung Unterfeld bilden.

Zuger Schulkinder die richtige Lösung ist? Ein weiterer Punkt betrifft die Abgeltung des Planungsmehrwertes. Da die im Raumplanungsgesetz vorgesehene – finanzielle – Mehrwertabschöpfung noch nicht in Kraft ist, wird im Unterfeld auf nichtmonetäre Mehrleistungen, wie z. B. den künstlichen Badesee im zentralen Park oder auf das geplante «Sportband» – beides für die Öffentlichkeit zugänglich – verwiesen. Doch genügt das, um die doch erheblichen Planungsmehrwerte, die mit dem riesigen Projekt geschaffen werden, abzugelten? Obwohl auf Zuger Seite neben einem Gewerbeanteil hauptsächlich preisgünstiger Wohnungsbau geplant ist, stellt sich die Frage, ob ein solches Projekt in sozialologischer und ökologischer Hinsicht nachhaltig sein kann? Die alternative Fraktion des Grossen Gemeinderates und die gemeindeübergreifende Begleitgruppe Unterfeld befassen sich intensiv mit dem Megaprojekt und arbeiten intensiv an dessen Verbesserung. Für die parlamentarische Beratung werden deshalb entsprechende Anträge vorbereitet und eingebracht.

Sicht der ALG Baar: Dank Einwendung in Verhandlung

Der Vorstand der Alternative – die Grünen Baar befasst sich seit der In-

foveranstaltung von Ende September 2015 eingehend mit dem Projekt Unterfeld. Während man den Grundsatz der verdichteten Bauweise begrüsst, werden der städtebauliche Entwurf und der Innenpark unterschiedlich beurteilt. Das Projekt bietet für beide Gemeinden eine aussergewöhnliche Chance, die Zielsetzung für ein nachhaltiges Quartier in die Tat umzusetzen. Deshalb hat die Alternative – die Grünen Baar zur Verbesserung der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit eine Einwendung eingereicht, und darin unter anderem folgende Anträge gestellt.

1. Erhöhung des Anteils von preisgünstigen Wohnungen im Baarer Teil des Projekts von 9 auf 22 Prozent der Gesamtnutzfläche (bzw. von 17 auf 42 Prozent der Wohnfläche)
2. Erstellung eines Mobilitätskonzepts mit dem Ziel, den Anteil des motorisierten Verkehrs zu reduzieren und denjenigen des Langsamverkehrs zu erhöhen. Und dies bereits für den Bebauungsplan, und nicht erst beim Bau der einzelnen Bauten.
3. Breiteres Angebot an Alternativen zum motorisierten Verkehr schaffen, z. B. Carsharing, Velover-

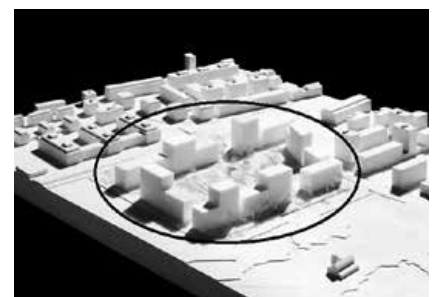
leih, Veloparkplätze (öffentlich und privat), Ausbau des Velowegnetzes usw.

4. Reduktion der Anzahl Parkplätze von 660 auf 350 im Sinne der 2000-Watt-Gesellschaft und zur Vermeidung des Verkehrskollapses auf der Nordzufahrt.
5. Konsequente Bewirtschaftung der Parkplätze für Beschäftigte und Kunden.

Die vorgebrachten Anträge und deren Begründungen wurden mit der Gemeinde Baar eingehend diskutiert. Es wurde zwar Wohlwollen signalisiert, in der Sache selbst wurden aber keine Änderungen vorgenommen. Für die Gemeinde Baar ist die zu erzielende Mehrnutzung durch verschiedenen Mehrleistungen (z. B. Sportbereich, Park, Tiefgarage) genügend abgegolten. Eine weitergehende gesetzliche Grundlage bestehe nicht.



Bebauungsschema von Südosten mit Bebauung in der Umgebung Richtung Unterfeld.



Modellfoto von Nordwesten.

Preisgünstiger Wohnraum: Implenla will, Kanton bockt

Dank Bebauungsplan und Nachverdichtung wird für die Investoren ein erheblicher Planungsmehrwert geschaffen. Die Gemeinde Baar und die Implenla haben deshalb vertraglich vereinbart, dass im Umfang von 6000 Quadratmetern preisgünstiger Wohnraum gemäss dem kantonalen Wohnbauförderungsgesetz geschaffen wird (ca. 78 Wohnungen). Auf Antrag der ALG Baar hin wäre die Implenla sogar bereit, auf 5000 Quadratmetern weitere preisgünstige Wohnungen zu erstellen. Dies jedoch nur, wenn dadurch im Gegenzug der Gewerbeanteil reduziert wird. Eine entsprechende Anfrage der Gemeinde Baar bei der Baudirektion wurde jedoch negativ beantwortet. Die aufgeführte Begründung vermag allerdings nicht zu überzeugen. Die Baudirektion hält an ihrer Maxime fest, dass in der Nähe der Stadtbahnhaltestellen in erster Linie Arbeitsplätze zu schaffen sind. Es ist jedoch schlicht nicht nachvollziehbar, weshalb Beschäftigte im Dienstleistungsbereich weniger Autoverkehr erzeugen als die Bewohner der Wohnungen.

Autoarmes Wohnen ist billiger, aber anspruchsvoller

Das Bebauungsplangebiet befindet sich direkt neben der S-Bahnhaltestelle Lindenpark und direkt angrenzend an verschiedene Veloverbindungen. Die Initianten stellen denn auch auf ihrer Homepage fest: «Wer im Unterfeld wohnt oder arbeitet, braucht eigentlich kein Auto.» Es sollte deshalb selbstverständlich sein, dass mit der Überbauung Unterfeld ein Modal-Split mit einem sehr hohen Anteil an ÖV und Langsamverkehr angestrebt wird. Denn nur so lässt sich das immer wieder auftauchende Schreckgespenst eines Verkehrskollapses bzw. eines Ausbaus der Nordzufahrt verhindern. Die Behörden sehen das zwar grundsätzlich ähnlich, doch genügt es



Visualisierung: Zugang Lindenpark (Ausschnitt).

ihnen, wenn die Anzahl Parkplätze gegenüber der Norm um 25 Prozent reduziert wird. Zugegeben, eine weitergehende Reduktion würde bedeuten, dass man bereits heute ein breites und griffiges Massnahmenbündel entwirft und dieses sowohl in der Gesamtplanung wie auch in allen Detailplanungen berücksichtigt (Stichwort: Mobilitätskonzept). Dazu gehören einerseits Anreize, wie z.B. eine Verdichtung des internen und externen Langsamverkehrswegnetzes, optimal platzierte Veloparkplätze, Veloverleihstation und ein grösseres Car-sharing-Angebot für Bewohner und Firmen. Andererseits müsste der Autoverkehr durch Maximalzahlen (z.B. pro Betrieb oder Wohnung), Fahrtenkontingentierung, Dosieranlage oder eine konsequente und entsprechend hoch angesetzte Parkplatzbewirtschaftung weiter reduziert werden. Nur so lässt sich eine Tendenz in Richtung autoarmes Wohnen und Arbeiten konsequent verfolgen. Schliesslich gilt es zu prüfen, ob nicht auch eine Buslinie an Unterfeld und Feldpark vorbeigeführt werden könnte, um die Feinverteilung zwischen den Quartieren und Ortszentren zu verbessern.

Nachhaltiges Quartier – kann der Anspruch eingelöst werden?

Die Implenla will das Quartier gemäss ihren eigenen – mündlichen – Absichten nachhaltig weiterentwickeln und die Überbauung energetisch am Zielpfad der 2000-Watt-Gesellschaft ausrichten. Dies war auch der Grund, weshalb in der Behördendelegation ursprünglich die Absicht bestand, verbindliche Kriterien zur Nachhaltigkeit im Bebauungsplan zu sichern. Wegen der fehlenden gesetzlichen Grundlage ist dies aber nicht möglich. Immerhin prüfen die Gemeinde Baar und die Implenla nun, ob zumindest für die Festlegung eines weitergehenden energetischen Mindeststandards auf freiwilliger Basis eine Zielvereinbarung abgeschlossen werden kann. Eine solche Zielvereinbarung wäre auch zur Verbesserung der Nachhaltigkeit im Bereich Mobilität denkbar. Auf das entsprechend grosse Potenzial zur Verwirklichung eines autoarmen Quartiers wurde bereits hingewiesen.

Die mit dem Bebauungsplan Unterfeld einhergehende Verdichtung ist richtig und ein Beitrag gegen die weitere Vergrösserung der Siedlungs-



Visualisierung: Geschäftsebene.



Visualisierung: Übersicht Innenhof.

fläche im Kanton Zug. Die bauliche Verdichtung ist jedoch nicht alleine entscheidend für die Erreichung eines nachhaltigen Quartiers. Der Bund schreibt dazu einleitend in seiner Strategie der Nachhaltigen Quartiere: «Die gebaute Umgebung ist von zahlreichen Wechselbeziehungen geprägt. Angesichts dieser Tatsache wäre es allerdings zu einfach und nicht ausreichend, ausschliesslich auf eine Verdichtung zu setzen und diese als einziges Mittel zur Bewältigung aller Probleme der Siedlungsentwicklung zu betrachten. Die Nachhaltigkeit der bebauten Umwelt hängt keineswegs nur vom Standort der Bauten und der städtischen Verdichtung ab. Oder um es anders auszudrücken: Zwar ist die Verdichtung eine notwendige Voraussetzung für die Nachhaltigkeit; diese beschränkt sich aber bei Weitem nicht nur darauf.»¹

Soziale Durchmischung ist wichtig

Neben der baulichen Verdichtung ist es auch notwendig, die Aspekte einer intergenerationellen und sozialen Durchmischung bei den Bewohnern mit zu berücksichtigen. Dies kann aber nur erreicht werden, wenn das Quartier unterschiedliche Wohnungstypen und -standards aufweist. Damit auch Wohnungen günstig gebaut und langfristig der Preisspirale entzogen werden, ist ein genügend hoher Anteil durch Wohnbaugenossenschaften zu erstellen und zu verwalten. Dies ist mit dem vorliegenden Bebauungsplan zumindest auf Baarer Gemeindegebiet nicht im genügenden Ausmass der Fall und ist zu korrigieren. Zudem sind für die Realisierung Wohnbaugenossenschaften zu bevorzugen, welche die Wohnungen sowohl nach dem Wohnraumförderungsgesetz wie auch gemäss den Kriterien für Nachhaltige

Quartiere erstellen und betreiben. Bekannte Beispiele dazu sind etwa in der Stadt Zürich die Kalkbreite und das Projekt Mehr als Wohnen auf dem Hunziker-Areal oder in Winterthur das Quartier Giesserei. Die Vergabe der durch die Gemeinde Baar zu erwerbenden Baubereiche für den preisgünstigen Wohnraum an eine lokale Wohnbaugenossenschaft muss deshalb öffentlich transparent und nach klaren Kriterien erfolgen.

Wie geht es weiter?

Das Projekt Unterfeld weist eine Dimension auf, die sowohl für die beteiligten Eigentümer und Planer, als auch für die Behörden – und nicht zuletzt für die Bevölkerung eine grosse Herausforderung darstellt. Das Wissen über das Projekt und seine Auswirkungen – für die Umgebung, aber auch für die ganze Region – ist heute in der Bevölkerung noch nicht verbreitet. Es ist aber davon auszugehen, dass die öffentliche Diskussion im Hinblick auf die kommenden Abstimmungen in Zug und Baar – voraussichtlich Ende 2016 – noch intensiv geführt wird (siehe Bebauungsplan Salesianum!). Sicher darf man die Zustimmung oder Ablehnung zum Projekt nicht von einem Kriterium abhängig machen. Doch sind die kritischen Punkte frühzeitig zu identifizieren und im Hinblick auf die zu treffenden Entscheide zu diskutieren. Verbesserungen sind nötig und machen das Projekt mehrheits- und zukunftsfähig. ■

¹ Bundesamt für Energie/Bundesamt für Raumentwicklung (2011): Nachhaltige Quartiere – Herausforderungen und Chancen für die urbane Entwicklung

Grünflächen statt Gartenzäune

Luzian Franzini, Co-Präsident Junge Grüne Schweiz
Bild Junge Grüne Schweiz

So gross wie acht Fussballfelder: So gross ist die Grünfläche, welche in der Schweiz täglich verbaut wird. Dies wird vor allem durch den enorm gestiegenen Wohnflächenbedarf pro Kopf verursacht. Um endlich ein griffiges Instrument gegen die Zubetonierung der Schweiz in der Gesetzgebung zu verankern, sammeln die Jungen Grünen aktuell Unterschriften für ihre Zersiedelungsinitiative.

Diese Initiative ist auch als direkte Antwort auf die verdrehten Argumente der Ecopop-Initianten zu verstehen und verknüpft die grünen Kernanliegen mit einem intensiven Diskurs über alternative Wohn- und Lebensformen. Denn es ist eindeutig bewiesen, dass die Zubetonierung nicht wegen der steigenden Wohnbevölkerung geschieht. So stieg beispielsweise die durchschnittliche Wohnfläche pro Kopf in Zürich seit 1970 um 70 Prozent. Glaubt man der bürgerlichen Mehrheit im Parlament, sollte der immense Verlust von weiterem Kulturland mit dem neuen Raumplanungsgesetz behoben werden. Doch Bauverbände lobbyierten, wie bei der Zweitwohnungsinitiative, erfolgreich im Parlament: Das Resultat ist ein durchlöcherter und wirkungsloses Gesetz.

Grünflächen erhalten – Bauzonen schliessen!

Gemeinden dürfen mit dem neuen Raumplanungsgesetz nur noch auf 15 Jahre Bauland einzonen. Um diese Fläche zu berechnen, stellt der Bund drei mögliche Szenarien (tief, mittel, hoch) des Bevölkerungswachstums bereit. Der Kanton legt dann ein ihm beliebiges Szenario fest, welches meist über dem Durchschnittszenario liegt. Es zeigt sich einmal mehr, dass die Selbstregulation im Wettbewerb zwischen den Kantonen überhaupt nicht funktioniert. Als Wohnfläche pro Kopf definierte der Gesetzgeber den Medianwert des bisherigen Platzverbrauches in dieser Region (Stadt, Agglomeration, Land). Der massiv gestiegene Siedlungs- und Wohnflächenbedarf wird mit dem neu-

en Raumplanungsgesetz nicht etwa korrigiert oder eingegrenzt, sondern als Status quo akzeptiert. Es zeigt sich, dass wirkliche Verdichtung nur mit der Begrenzung von eingezontem Bauland erreicht wird. Genau dort setzt die Zersiedelungsinitiative an:



Mit Bauprofilen protestieren junge Grüne in der Zuger «Männerbadi» gegen die Zersiedelung. Damit uns diese und andere Grünflächen erhalten bleiben.

Neue Einzonungen können nach Annahme der Initiative nur bei Auszonung einer gleichwertigen Fläche vorgenommen werden.

Besser zusammenleben

Um dennoch den Bedürfnissen einer wachsenden Bevölkerung gerecht zu werden, verpflichtet die Zersiedelungsinitiative Bund und Kantone, die Rahmenbedingungen für eine verdichtete Bauweise bereitzustellen. Innovative Siedlungen haben längst bewiesen, dass eine verdichtete Bauweise keine Reduktion, sondern sogar eine Steigerung der Lebensqualität bedeutet. Vorbildsiedlungen wie die Kalkbreite in Zürich reduzieren den Flächenbedarf pro Person und stellen gleichzeitig tolle Lösungen für

das Zusammenleben im 21. Jahrhundert bereit. Die quadratisch angeordnete Wohnsiedlung ermöglicht eine lärmgeschützte Gartenanlage – und dies mitten in der Stadt. Eine grosse Gemeinschaftsküche erlaubt das bekochen von Festgesellschaften. Siedlungen wie die Kalkbreite sind besonders Familienfreundlich: Die quartiereigene Kinderkrippe mit grossem Spielplatz garantiert ein Aufwachsen in behüteter und dennoch urbaner Umgebung. Durch Teilen geniessen Bewohnerinnen und Bewohner eine überdurchschnittliche Infrastruktur. So verfügt die Kalkbreite auch über

ein nahes Carsharing-Angebot. Das urbane Leben ermöglicht kurze Wege zu Arbeit und Freizeitorten und ein Leben in der Gemeinschaft und ist somit das ultimative Gegenprojekt zu den «Gartenzaun-Agglomerationen», in denen sich vor allem junge Menschen (zu Recht) über fehlendes Kultur- und Freizeitangebot beklagen. ■

Unterschriften sammeln

Herzlichen Dank, wenn auch Sie in Ihrem Umfeld Unterschriften sammeln! Der Unterschriftenbogen kann unter www.zersiedelung-stoppen.ch heruntergeladen oder bei der/dem jungen Alternativen Ihres Vertrauens bezogen werden.



Politische Bilderreise

Anastas Odermatt und Martin Stuber

- 18 Stefan Gisler hat per Ende 2015 seine politischen Ämter im Kanton niedergelegt. Bei der Dankesfeier der Alternativen – die Grünen der Stadt Zug durften wir auf eine Bilderreise durch die hoch politischen Nuller- und Zehner-Jahre gehen. Die Bilder spiegeln nicht nur das grosse politische Engagement von Stefan wieder, sondern auch die Geschichte der Partei. Danke Stefan, für dein grosses Engagement für die Alternativen – die Grünen.



Stefan übernimmt das Präsidium der SGA. Seine Debattierfreude ist offensichtlich.



So ein Theater! Stefan im Einsatz!



2003 – die Zuger Alternativen erringen einen Nationalrats-sitz. Stefan Gisler kann im Kantonsrat nachrücken.



Jahresessen der Bulletin-Redaktion im Dezember 2003. Stefan hat das BULLETIN mitgeprägt.



Hanfdemo im Jahr 2005.



Alternativer Stadtrundgang im Jahre 2007. Unterwegs mit im Rohstoffhändler-Paradies Zug. Zur Linken das «Dallas-Gebäude» wie es zu Zeiten, als noch die Marc Rich AG dort residierte, genannt wurde.



Bild der Fraktion im Zeitraum von 2002 bis 2006.



2008 erhält Glencore den Public Eye Jury Award für ihre unverantwortlichen und intransparenten Geschäftspraktiken in Kolumbien. Erstmals empfängt die Glencore-Leitung eine Kritiker-Delegation. Stefan Gisler zeigt in einer Veranstaltung auf, wie das kantonale Steuergesetz dazu beiträgt, dass Zug ein sehr attraktives Steuerdomizil für multinationale Konzerne geworden ist.

«Ein lebenswertes Zug für alle. Mit zahlbaren Wohn- und Lebenskosten sowie gutem Service public dank fairer Steuerpolitik.»
Stefan Gisler



Kurz und bündig: Dieser Wahlslogan umschreibt Stefan Gislers politische Inhalte.

In den Kantonsrat:

STEFAN GISLER (bisher)
Oberwil
*1968, Zugchef SBB,
ehemaliger IKRK-Delegierter,
1 Kind,
Kantonsrat Alternative
Fraktion seit 2004,
Mitglied erweiterte Staats-
wirtschaftskommission,
Präsident SGA Zug,
Gewerkschaftsmitglied SEV
preesidium@sga-zug.ch



Besetzung Zeughausareal 2002. Die Alternativen zeigen Verständnis und Stefan Gisler schreibt in einem Leserbrief: «So ist die Häuserbesetzung durch die jungen Zugerinnen und Zuger Ausdruck des sich verknappenden Wohn- und Kulturraums.»

Europas Versagen

Marco Knobel – Junge Grüne
Bilder Marco Knobel

20

An der Schengener Aussengrenze spielt sich eine Tragödie ab. Nach 10 Tagen Hilfseinsatz im Registrationslager in Maio auf Lesbos erkennen der Autor und sein Begleiter das Ausmass der Flüchtlingskatastrophe. Eine grosse Zahl Kleinst-NGOs operieren das Camp, die Behörden sind kaum sichtbar und die Küstenwache greift nur ein, wenn ein Boot am Sinken ist.

Es ist eine bitterkalte, klare Nacht auf Lesbos. Die Sterne würden magisch leuchten, wäre da nicht die dicke Smogglöcke über dem nächtlichen Registrationslager in Moria. Es ist zwei Uhr nachts und Andre-

te heute wieder mal nicht. Ein paar Dutzend Familien mussten wir mit Beutelsuppen versorgen. Wer nicht krank ist oder schwanger, muss auf dem dreckigen Fussboden schlafen, junge Männer lassen wir gar nicht



Besonders schwer haben es Eltern mit kleinen Kindern – es fehlt an allem!

as Lustenberger und ich schauen ein letztes Mal über das Camp, auf dem wir ein zehntägiges Volontariat geleistet haben. Es ist ruhig geworden. Die Schlange vor der Registrationsstelle ist weg, in Decken eingepackte Leute schlafen auf einem Schotterplatz, viele versuchen sich an improvisierten Lagerfeuern warm zu halten. Es riecht beissend nach verbranntem Karton und Plastik.

Mit unserem Mietwagen werden wir gleich runterfahren zur Inselhauptstadt Mitilini, einen Happen essen, bei einem Bier von befreundeten Helferinnen und Helfern Abschied nehmen und anschliessend im gemieteten Kleinstappartement auf unsere Matratzen fallen.

Das gespendete Essen für die Flüchtlinge in den Familienbaracken reich-

erst in den hoffnungslos überfüllten Komplex. In eine Baracke stecken wir vierzig Leute, sie schlafen ohne Matratzen am Boden. Die Hälfte der Baracken haben weder Licht noch Heizung, in jeder dritten Baracke befindet sich eine Toilette, die mit den Nachbarn geteilt werden muss. Die Aussicht auf unseren Komfort beschämt uns.

Ein Polizist ist noch auf und steht vor dem Eingang – das einzige offizielle Personal. Und natürlich sind da noch ein paar freiwillige Helfer. Sie sind rund um die Uhr hier, versorgen Kranke, verteilen Essen, tauschen durchnässte Kleider und erklären den Menschen, wo sie sind und wie sie sich registrieren können. Damit die Flüchtenden die Fähre nach Athen nehmen können, müssen sie

sich hier registrieren – das bedeutet mehrere Tage Wartezeit. Auf dem Camp – ausgelegt auf ein paar hundert Leute – warten mehrere tausend Menschen. Die Behörden sind kaum sichtbar. Sie verteilen kein Essen, weisen keine Unterkünfte zu. Das machen alles Kleinst-NGOs. Sie tragen unbekannte Namen wie «Skipchen», «Because we Carry», «Better Days for Moria» oder «Drop in the Ocean». Die meisten von ihnen wurden gegründet von UrlauberInnen und ersten Freiwilligen. Sie konnten nicht glauben, wie die Behörden und die traditionellen Hilfswerke mit dem Ansturm auf Lesbos dermassen überfordert waren, dass nicht einmal die Versorgung mit Lebensmitteln oder medizinische Nothilfe abgedeckt werden konnten. Sie gründeten kurzerhand eigene Initiativen, organisierten Hilfsgütersammlungen, mieteten Lagerhallen und ein Stück Land, bauten ein Zeltendorf mit Gasenküchen, ärztlich betreuten Sanitätscontainern und Kleiderausgabestellen.

Nach zehn Tagen auf Lesbos verstehen wir langsam das Ausmass der Tragödie an der Schengener Aussengrenze. Täglich kommen mehrere Dutzend hoffnungslos überladene Schlauchboote an. Die mit etwas Schaumstoff gefüllten Schwimmwesten, die die Schlepper abgeben, sind bestenfalls Attrappen. Immer wieder hören wir von Familien, die Angehörige auf der Überfahrt verloren haben. Es sind Kinder, die aus den überfüllten Booten fallen oder Menschen, die völlig dehydriert oder unterkühlt am Strand ankommen. Bei einem Nachteinsatz am Strand erlebten wir, wie ein Mann mit Herzstillstand vom Team freiwilliger Ärzte erfolgreich reanimiert wurde. Am Strand befinden sich praktisch nur Freiwillige, die griechische Küstenwache greift erst ein, wenn ein Boot am Sinken ist.

Die Geschichten der Geflüchteten von den brutalen Schleppern und



Das Gedränge vor den Pavillons zur Registration und Lebensmittelverteilung ist gefährlich.

der lebensgefährlichen Flucht, das Elend und die Kälte vor Ort gehen tief. Das menschliche Elend im Camp Moria ist gewaltig. Es ist nicht aussergewöhnlich, wenn Familien seit 24 Stunden nichts gegessen haben. Es ist normal, wenn ein Kleinkind 39 Grad Fieber hat und niemand hilft. Schwangere, die auf dem Boden schlafen, gehören zum Alltag. Hier ist es nicht einmal aussergewöhnlich, wenn Menschen sterben. Noch nie haben wir so viel Dankbarkeit erlebt für das wenige, das wir tun können. Da sind Kinderaugen, die funkeln, und Familienväter, die uns weinend umarmen. Die Arbeit hier im Camp ist eine der berührendsten und prägendsten Erfahrungen, die wir jemals gemacht haben. ■

Spenden:

Im Umfeld von Familie, Freunden und ParteikollegInnen haben wir Geld gesammelt und wie folgt investiert:

Essen, Direktspende: Fr. 1126.–

Infrastruktur (Lampen, Beschriftungen, Papeterie, Besteck, Schöpflöffel): Fr. 130.–

Spielzeug für die Familiencontainer: Fr. 150.–

Spende ans Teezelt (versorgt das Camp mit Tee und Früchten): Fr. 6880.–

Sachspenden: ca. 30 Rettungsdecken, diverse Medikamente – Abgabe an freiwillige Rettungshelfer und im Ärztezelt

Der absurde Krieg

Jo Lang, Historiker und GSoA-Mitbegründer
Bild GSoA

22

Der «Krieg gegen den Terror» wird mit jedem neuen Kapitel absurder. Die militaristische Eigenlogik, die immer irrationaler wird, erinnert an den Ersten Weltkrieg, die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts. Die einzigen Profiteure des Bombenkriegs über Syrien sind die Assad-Diktatur und die IS-Terroristen.

Die Assad-Barbarei verkauft sich mit wachsendem Erfolg als einzige Gegenkraft zur IS-Barbarei und der sunnitische «Islamische Staat» profitiert von der ausländischen Stützung oder Schonung eines Regimes, das die Sunniten schwer verfolgt.

Des einen Freund ...

Wie konzeptlos die jüngste Interventions-Koalition ist, zeigen die unvereinbaren Ziele deren Glieder. Die USA, die mit den ideologischen und finanziellen Hauptförderern des IS, Saudiarabien und Türkei, aber auch mit dessen Hauptfeind, den kurdischen Peschmergas, verbunden sind, werfen Unmengen von Bomben ab. Deren militärischer Nutzen ist kleiner als der politische Schaden, den sie anrichten. Nicht nur, wenn sie Unschuldige treffen, sondern auch weil sie dem IS helfen, sich als Hauptgegner der USA zu profilieren. Frankreich betrachtete bis vor kurzem Assad als Hauptfeind und verbündete sich nun mit dessen Hauptfreund, Putins Russland. Das ändert nichts daran, dass kein anderes europäisches Land Saudiarabien so viel militärische und wirtschaftliche Hilfe geleistet hat. Am 13. Oktober 2015, also einen Monat vor dem schrecklichen Attentat in Paris, verkündete Premierminister Valls auf dem Rückflug von Riad nach Paris über Twitter folgende Frohbotschaft: «Frankreich–Saudiarabien: Verträge über zehn Milliarden Euro!» Russland geht es um die Rettung des Assad-Regimes und die Wahrung seines Militärhafens am Mittelmeer. Sein momentaner Hauptfeind scheint die Türkei zu sein.

... des anderen Feind

Der Iran, dem neben den Kurden militärisch wohl effizientesten Kämpfer

gegen den IS, will den Korridor zur libanesischen Hisbollah aufrechterhalten. (Das davon betroffene Israel betrachtet weiterhin den Iran, der mit den USA ein Atomabkommen geschlossen hat, als Hauptfeind.) Der Nato-Staat Türkei schießt über Syrien einen russischen Kampfjet ab, weil der seine turkmenischen Bündnispartner angreifen wollte. Die EU wiederum stärkt zwecks Verkleinerung der Flüchtlingszahlen dem autoritären Erdogan den Rücken, der bislang mehr zur Stärkung als zur Schwächung des IS beigetragen hat. Deutschland, das seit seiner Erpressung Griechenlands einen schlechten Ruf hat, meint diesen zu verbessern, indem es mit Tornados, A-310-Flugzeugen und einer Fregatte «Solidarität» übt. Deren militärische Bedeutung ist vor allem symbolisch.

Die Urkatastrophe des 21. Jahrhunderts

Tony Blair, als britischer Premier einer der Hauptverantwortlichen der Irak-Intervention von 2003, hat kürzlich eingestanden, dass die Existenz und Schlagkraft des «Islamischen Staates» eine Folge der Marginalisierung der Sunniten ist. Der Irak-Krieg von Bush, Blair und Aznar erweist sich immer mehr als die Urkatastrophe des 21. Jahrhunderts. Was die französischen Sozialisten – mit mehrheitlicher Unterstützung der Grünen und völliger

Unterstützung der Kommunisten – heute kriegs- und ordnungspolitisch betreiben, unterscheidet sich kaum von jener Bush-Politik, gegen die auch sie 2003 auf die Strasse gegangen sind. Typisch ist, dass die ersten Opfer des Ausnahmezustandes UmweltschützerInnen waren, die gegen die Klimaerwärmung protestieren wollten.

Stoppt die Waffenexporte

Die Antikriegsbewegung steht – nach dem Massaker von Paris – in einer



Nichts gelernt aus der Vergangenheit: Der «Krieg gegen den Terror» wird immer absurder.

Situation, die der zu Beginn der Afghanistan-Intervention Ende 2001 gleicht. Sie braucht Zeit, um sich angesichts der IS-Barbarei zu orientieren. Erste Bewegungen zeichnen sich in Spanien und in Grossbritannien ab. Hier stehen die Labour-Basis und die Mehrheit der SchottInnen hinter dem Kriegsgegner Jeremy Corbyn. In der Schweiz dürfte das erste Thema der kommenden Antikriegsbewegung der Stopp jeglicher Waffenexporte, insbesondere der in die Golfstaaten, und jeglicher Finanzierung der Waffenproduktion sein. Hier liegt die schweizerische Absurdität in Sachen «Krieg dem Terror». ■

Unser Herausgeberverein sucht Verstärkung

Der Herausgeberverein BULLETIN ist ein kleines Team mit Vertretungen aus verschiedenen Gemeinden des Kantons Zug. Zu den Aufgaben gehört die strategische Leitung des BULLETINS im Bereich Finanzen und Abwesen. Dazu trifft sich der Herausgeberverein zwei- bis dreimal pro Jahr, inklusive GV. Anlässlich der nächsten GV vom 1. Juni 2016 haben wir einige Rücktritte zu verzeichnen und suchen nun nach Verstärkung.

Hast du Interesse in einem kleinen Team die Administration des BULLETINS im Bereich Finanzen, Abwesen zu verstärken, so melde dich bei uns. Mit dem Einsatz des Herausgebervereins halten wir der Redaktion «den Rücken frei» für ihre wichtige journalistische Arbeit.

**Dann melde dich unter bulletin@alternative-zug.ch
Wir freuen uns auf Verstärkung!**

Herausgeberverein BULLETIN
Alternative – die Grünen Zug

Marianne Aepli, Präsidentin, Herausgeberverein

Mitarbeit Redaktion

Wir sind ein engagiertes Team, das 4-mal im Jahr eine Zeitschrift herausbringt, die ihresgleichen in der Schweiz suchen kann. Das machen wir aus Überzeugung, mit viel Engagement und weil wir das Herz auf dem linken Fleck haben. Unser Redaktionsteam arbeitet ehrenamtlich, die Arbeit im Team macht Spass. Das Redaktionsteam organisiert, korrigiert, redigiert, lektoriert, schreibt manchmal auch Artikel, sorgt für Kontakte zu potenziellen Autorinnen und Autoren, sorgt dafür, dass die Artikel fristgerecht eintreffen, hat das Ohr am Puls der Politik und weiss ungefähr, was auf der politischen Traktandenliste (national und kantonal) steht. Die Redaktionsmitglieder sorgen dafür, dass die Aufgaben gemäss den eigenen Ressourcen verteilt werden. Für die Inhalte ist die Redaktion zuständig, sie ist also auch frei in der Auswahl der Texte. Nun suchen wir Verstärkung.

- Hast du Interesse an dieser vielfältigen Arbeit?
- Bringst du Zuverlässigkeit und Ausdauer mit?
- Bist du interessiert an ehrenamtlicher Arbeit?
- Willst du deine Fähigkeiten im Umgang mit Sprache anwenden?
- Volltreffer? Interessiert?

**Dann melde dich unter bulletin@alternative-zug.ch
Wir freuen uns auf neue Mitarbeitende!**

Herausgeberverein BULLETIN
Alternative – die Grünen Zug

Marianne Aepli, Präsidentin, Herausgeberverein



Frischer Wind

An der Jahresversammlung der Alternative – die Grünen Kanton Zug vom 2. März 2016 war man sich einig: Das vergangene Jahr war mit dem Rückschlag bei den Eidgenössischen Wahlen eines der schwierigsten in der Geschichte der alternativ-grünen Bewegung im Kanton. Die Gründe wurden intern besprochen. Die Jahresversammlung war sich auch einig: Jetzt gilt es nach vorne zu schauen. Denn der Kanton Zug steht vor grossen Herausforderungen. Mit frischem Wind in der Parteileitung wappnen sich die Alternativen – die Grünen Zug für die kommenden Jahre.



Andreas Lustenberger, frisch gewählter Präsident der Alternative – die Grünen, blickt in die Zukunft.

Andreas Lustenberger wird Präsident

«Eine soziale, ökonomische und ökologische Wende ist in Zug dringend notwendig», meint Andreas Lustenberger und verweist auf die angespannte Wohnungssituation, die bürgerliche Sparpolitik zulasten der Bevölkerung oder die Problematik der von Zug aus operierenden Rohstoffmultis. Der 29-Jährige wurde an der Jahresver-

sammlung einstimmig zum neuen Präsidenten der Alternative – die Grünen Zug gewählt. Andreas Lustenberger konnte die Mitglieder mit seiner breiten Erfahrung überzeugen. Er politisiert im dritten Jahr im Kantonsrat und hat die Jungen Grünen Schweiz – die drittgrösste Schweizer Jungpartei – vier Jahre lang erfolgreich im Co-Präsidium geführt.

Als konkrete Ziele für die nächste Zeit erwähnt Andreas Lustenberger unter anderem den Kampf für mehr bezahlbaren Wohnraum; die entsprechende Volksinitiative der linken Jungparteien ist derzeit beim Regierungsrat hängig. Ebenso wichtig ist der

Kampf gegen unsoziale Sparmassnahmen aufgrund einer falschen bürgerlichen Steuerpolitik oder gegen die schwerwiegenden Auswirkungen eines deregulierten kapitalistischen Wirtschaftssystems mit vielen Verlierern und wenigen Gewinnern. Andreas Lustenberger: «Angesichts des Rechtstrends auch in unserem Kanton sind die Alternativ-Grünen wichtiger denn je.»



24

Nachdem die Ausgabe 2016 des «Füürhorns» dafür steht, wie tief das humoristische Niveau fallen kann, bedient sich das «Frontal» bei der Basler Fasnacht. Basel hat den höchsten Anteil an Konfessionslosen (45 Prozent) in der Schweiz. CH-Durchschnitt ist 22 Prozent, in Zug sind es 21 Prozent. Vielleicht sind deshalb die Schitzelbängge in Basel so gut?

Anleitung zum besseren Verstehen der «Bängg»: Den Rhythmus des Verses erfassen und dann laut vorlesen.

Zum besseren inhaltlichen Verständnis folgende Hinweise: Baselland steckt tief in den roten Zahlen und fährt einen brutalen Sparkurs, statt die Steuern zu erhöhen – Basel-Stadt schreibt schwarze Zahlen. Baselland soll nun von Basel-Stadt über vier Jahre 80 Millionen im Rahmen eines Kultur- und Universtrages erhalten. In BL gibt es Opposition dagegen, vor allem von der SVP. Markus Somm, der Blocher-Biograph, ist Chef der BaZ, die Blocher gehört. «Rammel» ist einer der Kosenamen für Baselbieter.

Viel Spass!

«...Die Satire muss übertreiben und ist ihrem tiefsten Wesen nach ungerecht. Sie bläst die Wahrheit auf, damit sie deutlicher wird [...] Was darf die Satire? Alles.»
Kurt Tucholsky im Berliner Tageblatt, 27. Januar 1919

Heiri

(Der rappende Bauer ist einer der Kult-Bängge und kommt aus dem Baselbiet)

Mir Baselbieter bruuche euchi soudüüri Uni nid.
Mir häi z Sissech d' Buureschuel, wo s für euse Noochwuchs git.
Ohni die Gstudierte wärde mir vill günschtiger fahre.
Wenn s denn käini Ärzt me git, chöi mr au d' Spitääler spaare.
Y will mit mym Hof an d Bööirse, y will au emol abkassiere.
Bevor y aber starte chaa, muess y zerscht no inveschiere.
Y ha wäg dr Frauequoote ä neue Muuni kauft.
Dä han y denn Magdalena Martullo Blocher dauft.

Schnaabelwetzler

«Jä nai», het d Mamme Köppel gsait, wo sii erfaare het,
dass ihre Sohn, dr Roger, Naazi-Lyt aahimmleret.
«Jetz isch es z spoot», het sii sinniert und sich an d Stirne glopft.
«Hät ych da nur vor fuffzig Joor in d Babyklappe gstopft.»

Peperoni

Villic ... cht ooo nit ee ... do bin y froo...
Das – chhhhha me soo ... nit eee ... gäute loo!
Mir müend ... ee ... und ... das isch wichtig, ... so erkläart ys fascht all Daag,
der Schneider Ammann, Schlaag uff Schlaag, unseri Wirtschaftslaag.

Singvogel

Uf der Autobahn vor Barn kunnt d Frau Martullo
wäge Raase in e Bolizei-Kontrullo.
S miech äifach Spass, säit sii däm Schugger unverhohle,
wenn sii der äige Vater rächts kan überhoole.

Fäärimaa

Das isch e Ranunculus Acris vor eme Wahlplakat
dr Zueschtand vo baidne isch desolat
aber troztdäm erfreut das Pflänzli die Griene
denn, andery Wäärbig für die Griene findsch jo niene

Drey-Daags-Fliege

Mir rutsche stramm noch rächts, doch muess me d Gfoore au erwääne:
Y main, so uff dr Karte gsee sinn mir fascht z Ööstriich ääne;
no witter rächts do waggse -n-is denn Höögge'n ussem Kryz,
denn simmer amne Ort in Poole und dä haisst AuSchwyz.
E Stüürgschängg doo, e Stüürgschängg dert, do isch dr Rammel schtuur,
will: spaare kaa me schliesslig bi dr Bildig und Kultur.
Drum ischs nid lätz jetz achtzig Millioone z inveschiere,
sunscht mien mr die in zää Joor wiider alphabetisiere.

Wanderratte

In dr Biostund, do hämmer gleert,
wie und wo dr Mensch sy Darm entleert.
Da Vorgang syg, ob arm oder rych,
bi allne eigentlich immer glych.
Nur bim Roger Köppel, s'isch zem gruuse,
do kunnt dr Schyssdrägg oben use.

Dräggspatze

ä tapfere Schwyzer by Marignano
sait im Stärbe: oh Herrgott i ha no
ä letschte Wunsch, bätet är fromm,
verschon is mit em Buech vom Somm

Dr Spitzbueb

E Baselbieter sait z Athen:
«Ych bin uss Lieschdel, du verschdeen?»
«Ja, ych verschtand», sait druff dr Griech,
«doo hesch Gäld, du arme Siech!»
Ych sing kai Väars vom Mohammed,
nid will me s miir empfoole het,
dää Mohammed, es duet mr laid,
da isch mr halt so lang wie brait.
Mir isch doch glyych, ob aine Grischt isch,
islaamisch, jyydisch, au Buddischt isch.
Und ain, wo bombt, y saag s jetzt doch:
Das isch e n Arsch und blyybt e Loch!

Brunz Guttere

Dr Möörgeli het Söörgeli, jetz griegt da Mötzli blötzli
vo siine Lüttli Schüttli, häi, do stuunt das Pfüütli Klötzli!
Jetz hängt äär zwäggefrei ummenand, wirggt antigwiert und gammilig
und dient am Blocher höggschtens no als Kunschtobjägg für d'Sammilig

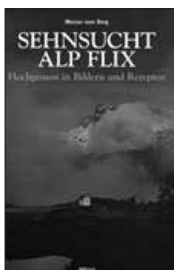


Büchermail

Liebe Leserin, lieber Leser
Vielleicht freuen Sie sich
auch schon auf die wärmere
Jahreszeit und sind am Pla-
nen von Ferien oder Wo-
chenenden? Drei Bücher als
mögliche Anregung möchte
ich gerne vorstellen.

Wer sich gerne in den
Schweizer Alpen erholt, ge-
niesst mit dem Bildband
«Sehnsucht Alp Flix» Vor-
freude in Form von wun-
derschönen Bildern und
mit Rezepten aus der Küche
des Autors und Koches des
Berghaus Piz Platta, Werner
vom Berg! Die Alp Flix ist
eine Hochebene auf 2000
Meter Höhe im Oberhalbst-
ein im Bündnerland und
ein Hochmoor mit einer
einzigartigen Pflanzen- und
Tierwelt. Berge laden zum
Wandern ein, zwei kleine
Seen zum Baden, mongol-
ische Jurten zum Über-
nachten und kulinarische
Höhenflüge bei Werner vom
Berg geben Hochgenuss.

Werner von Berg:
**Sehnsucht Alp Flix: Hoch-
genuss in Bildern und Re-
zepten**
Fona Verlag, 2015



Auch das Berner Oberland
ist eine Reise wert! Im Ro-
man «Die Walserin» von

Therese Bichsel verwebt
die Autorin verschiedene
Zeitebenen und Biografien
zu einer eindrücklichen
Familiensaga über mehrere
Jahrhunderte, die exempla-
risch für viele Auswander-
erschicksale in der
Schweiz steht. Am Anfang
steht eine Gruppe Walser
aus dem Lötschental, die
im Spätmittelalter ins
Berner Oberland auswan-
derten. Sie siedelten sich
im Lauterbrunnental an,
gründeten Mürren, Gim-
melwald und den Weiler
Ammerten. Nicht alle Orte
existieren noch, aber im
Lauterbrunnental finden
sich noch Spuren der
Walser. Diese können auf
Wanderungen inmitten der
grandiosen Bergwelt ent-
deckt werden.

Therese Bichsel:
**Die Walserin: Eine Familie
wandert durch die Jahr-
hunderte**
Zytglogge Verlag, 2015



Wer gerne etwas weiter
reist, kann mit dem Buch
von Jörg Waste und Giorgio
Alifredi «Ich bleibe im
Valle Maira = Rimango in
Valle Maira» ein eindrück-
liches Tal kennen lernen
und dabei gleichzeitig die
italienische Sprache üben.
Das Maira-Tal in den Cot-
tischen Alpen zählt zu den

gar nicht so seltenen Tä-
lern der Südwestalpen, die
in den vergangenen 120
Jahren mehr als 80 Prozent
ihrer Bevölkerung verloren
haben. Allerdings spielt
dieses Tal eine ausserge-
wöhnliche Rolle: Bereits in
den 1970er-Jahren liessen
sich hier die ersten Rück-
kehrer aus der Stadt nieder,
und dieser Zustrom von
abgewanderten Einheimi-
schen und von Fremden
versiegt bis heute nicht. Im
Bildband kommen Bewoh-
nerinnen und Bewohner
des Tals zu Wort und ein-
drückliche Bilder in
Schwarzweiss zeigen ihr Le-
ben und die Landschaft.
Dank den Rückkehrern kann
in diesem piemontesischen
Tal gewandert werden: Es
gibt einfache Unterkünfte
(Posti Tappa), Restaurants
und Agriturismo-Betriebe.
Der alpine Weitwanderweg
(Grande Traversata delle
Alpi GTA) führt durch das
Valle Maira – bis ans Mittel-
meer!

Jörg Waste/Giorgio Alifredi:
**Ich bleibe im Valle Maira:
Lebensperspektiven in
einem rauen Land**
Rotpunktverlag, 2015



Aber auch im Alltag
braucht es Bücher!
Ein aussergewöhnliches
Buch ist «Baba Dunjas letz-
te Liebe» von Alina Brons-
ky. Baba Dunja ist eine

Tschernobyl-Heimkehre-
rin. Wo der Rest der Welt
nach dem Reaktorunglück
die strahlenden Waldfrüch-
te fürchtet, baut sie sich
mit Gleichgesinnten ein
neues Leben auf. Sie findet
im hohen Alter ihr selbst-
bestimmtes Paradies. Es ist
die Geschichte einer eigen-
sinnigen alten Frau mit
Witz und Charme. Sehr le-
senswert.

Alina Bronsky:
Baba Dunjas letzte Liebe
Kiepenheuer & Witsch,
2015.



Nun wünsche ich viel
Lesevergnügen!
Arlene Wyttenbach



26

Als die Sonne vom Himmel fiel

Montag, 11. April 2016,
20 Uhr,
im Kino Gotthard Zug

Als die Atombombe fiel, arbeitete Aya Domenigs verstorbener Grossvater als Arzt in Hiroshima. Über seine Erlebnisse hat er zeitlebens geschwiegen. Um ihn besser zu verstehen, befragt Aya Domenig ihre Grossmutter und Zeitzeugen, einen ehemaligen Militärarzt und eine Krankenschwester. Im hohen Alter kämpfen beide bis heute aktiv gegen das kollektive Vergessen und Verdrängen atomarer Gefahren in Japan an. Wie wichtig ihr Engagement ist, zeigte die Atomkatastrophe in Fukushima vom 11. März 2011... Aya Domenig ist anwesend.



Lampedusa im Winter

Montag, 9. Mai 2016,
20 Uhr,
im Kino Gotthard Zug

Lampedusa ist seit 20 Jahren immer mehr zu einem Ankunftsort afrikanischer Flüchtlinge geworden. Jakob Brossmanns eindrücklicher Film zeigt uns, wie die BewohnerInnen der kleinen italienischen Insel mit dieser grossen Herausforderung umgehen. Allen voran die ruhig und besonnen vorgehende Bürgermeisterin, die sich engagiert für das Wohl der InselbewohnerInnen einsetzt und gleichzeitig dafür besorgt ist, dass mit den ankommenden Geflüchteten anständig umgegangen wird. Diese sollen den Namen Lampedusa als ihre Rettung in Erinnerung behalten und nicht als einen Ort, wo sie schlecht behandelt wurden.

Jakob Brossmann ist anwesend.



Whatever comes next

Montag, 13. Juni 2016,
20 Uhr,
im Kino Gotthard Zug

Die 1926 in Wien geborene Annemarie Mahler-Ettlinger flüchtete aufgrund ihrer jüdischen Herkunft mit zwölf Jahren allein in die USA. In Hildegard Kellers feinfühligem Porträt stellt sich die heute 89-jährige Künstlerin und Wissenschaftlerin ihren eigenen Fragen: Was haben das Leben und die Entstehung eines Kunstwerks gemeinsam? Warum bleibt das Bild, das gemalt wird, nicht stumm und warum bewegt sich die Zeit nur in eine Richtung? Die Malerin begegnet dem gelebten Leben und damit auch dem Mädchen, das sie einmal war. Das Medium der Begegnung sind die Bilder und der künstlerische Prozess, wie sie ihn wahrnimmt.

Hildegard Keller ist anwesend.



Freundliche Grüsse
Martin Bucher
FLIZ FilmliebhaberInnen
Zug



Mittwoch, 6. April, Monatsbar der Alternative – die Grünen Zug

im Siehbachsaal Zug
Türöffnung ausnahmsweise
ab 19.15 Uhr!

um 19.15 Uhr Jahresversammlung ALG Stadt Zug
ab 19.30 Uhr Apèro (statt Znacht) organisiert durch Krifo Alternative Cham
ab 20 Uhr Veranstaltung: Unterfeld – Eine Stadt in der Stadt. Öffentliche Veranstaltung zum Mega-Bauprojekt zwischen Zug und Baar
- Vorstellung des Projekts durch Harry Klein, Stadtplaner von Zug
- Beurteilung des Projekts aus alternativ-grüner Sicht
- Möglichkeit für Fragen und Diskussion

Samstag 16. April, Delegiertenversammlung Grüne Schweiz

Aarau

Mittwoch, 4. Mai, Monatsbar der Alternative – die Grünen Zug

ab 18.30 Uhr im Siehbachsaal
Chamerstrasse 33, Zug
mit Köchinnen und Köchen
der Alternative – die Grünen
der Stadt Zug
20 Uhr Podiumsdiskussion
zum Thema Grundeinkommen

Donnerstag, 5. Mai, bis Sonntag, 8. Mai, Frühlingslager Junge Grüne Schweiz

in La Fouly, WS, weitere Info
unter www.jungegruene.ch



**Mittwoch, 1. Juni,
Monatsbar der Alternative –
die Grünen Zug**
ab 18.30 Uhr im Siehbachsaal
Chamerstrasse 33, Zug
Jubiläumsfeier Bulletin
mit Köchinnen und Köchen
des Herausgebervereins

**Sonntag, 5. Juni,
Abstimmung!**

**Mittwoch, 6. Juli,
Monatsbar der Alternative –
die Grünen Zug**
ab 18.30 Uhr im Siehbachsaal
Chamerstrasse 33, Zug
mit Köchinnen und Köchen
der Grüne Risch-Rotkreuz

Die Alternativen im Kanton Zug

**Alternative – die Grünen
Zug**
Metallstrasse 5, 6300 Zug
041 711 99 09
www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch

Öffnungszeiten Büro
Alternative – die Grünen Zug:
Mo und Do 9–16 Uhr
E-Mails an:
info@alternative-zug.ch
werden von Mo–Fr
bearbeitet.

**Alternative – die Grünen
Baar**
Anna Lustenberger-Seitz
info@alternative-baar.ch

**Alternative – die Grünen
Menzingen**
Barbara Beck-Iselin
b.beck-iselin@bluewin.ch

**Alternative – die Grünen
Unterägeri**
Cornelia Mayinger
cornelia.mayinger@datazug.ch

**Alternative – die Grünen
Stadt Zug**
Thomas Ehrensperger
Metallstrasse 5, 6300 Zug
info@alternative-stadt.ch

Forum Oberägeri
Philipp Röllin
roellin.ph@bluewin.ch

Grünes Forum Hünenberg
Rita Hofer
rita_hofer@bluewin.ch

Grüne Risch-Rotkreuz
(ehemals Gleis 3 Alternative
Risch)
Heinz Widmer
mail@gruene-rischrotkreuz.ch

Grüne Steinhausen
Edith Seger Niederhauser
Postfach 123
6312 Steinhausen
steinhausen@gruene-zug.ch

Junge Alternative Zug
Alessandro Perucchi
Metallstrasse 5, 6300 Zug
junge.alternative@gmx.ch

Krifo Alternative Cham
Sha Ackermann und
Roman Ambühl
cham@alternative-zug.ch

**Alternative Grüne
Fraktion im Kantonsrat**
www.alternativefraktion.ch

Grüne Partei Schweiz
www.gruene.ch



Namentlich kennzeichnete
Artikel unterliegen der
alleinigen Verantwortung
der AutorInnen.

BULLETIN
Nr. 1, März 2016
erscheint viermal jährlich.

Herausgeber:
Verein DAS BULLETIN

Adresse:
BULLETIN Alternative –
die Grünen Kanton Zug,
Metallstrasse 5, 6300 Zug

Redaktion:
Natalie Chiodi
Jonas Feldmann
Hansjörg Glauser
Lorenzo Martinoni

Kontakt:
bulletin_redaktion@bluewin.ch

Lektorin:
Kathrin Graffe

Gestaltungskonzept:
S.H.E.D. GmbH

Produktion:
Satz, Bild und Druck:
DMG Zug, www.dmg.ch

Gedruckt auf Cyclus Print
(100% Recycling-Papier)

Titelbild:
Paula Gisler

Nutzaufgabe:
800 Exemplare

Abonnement: Fr. 25.–
KleinverdienerInnen: Fr. 10.–
Unterstützungsabo: Fr. 50.–
Mitgliederbeitrag Verein
DAS BULLETIN: Fr. 100.–

Einzahlungen auf:
Verein DAS BULLETIN,
6300 Zug, PC 60-30584-6

**Redaktionsschluss
Nr. 2/2016:**
Freitag, 17. Juni 2016

Erscheinungsdatum
Freitag 9. Juli 2016

«DAS BULLETIN»
im Internet unter
www.bulletin-zug.ch

P.P. 6300 ZUG

Adressberichtigungen melden:
Alternative - die Grünen Zug,
Metallstrasse 5, 6300 Zug

